

# **b** unabhängige **auernstimme**

März 2006

Nummer 287 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



**30 Jahre  
und noch mehr**

## **Jubiläum**

Im März 1976 erschien unsere Nummer 1. Bauernstimme und AbL haben in den 30 Jahren viel erlebt – und nicht weniger bewegt. Es geht weiter. **Seiten 2 und 12-13**

## **Vogelgrippe**

H5N1 ist angekommen. Freilauf-Geflügel muss wieder in die Ställe, doch über die Anfälligkeit der „geschlossenen Systeme“ redet noch keiner. **Seiten 3 und 20**

## **Nachbaugebühren**

Nun geht es vor dem Europäischen Gerichtshof erstmals um die Höhe der Nachbaugebühren. Der Generalanwalt stärkt die Bauern. Die Gebühr ist zu hoch. **Seiten 15 und 18**

## Die Seite 3

**Geschlossenes System – weit offen.** ..... 3  
Die riskante Sicherheit der Käfighaltung

## Agrarpolitik

**Bauern schaffen Arbeitsplätze** ..... 4  
Mini-Job-Agentur Landwirtschaft im Ruhrgebiet  
**Schildersammlung statt Richtungsweiser** ..... 5  
Nationale Strategie zur ländlichen Entwicklung ohne Schwung  
**Erhebliche Kürzungen in der Zweiten Säule.** ..... 5

## Märkte

**Ecuador: Höfesterben durch Freihandel** ..... 6  
**Irrsinn der Pflanzenschutzwerbung** ..... 6  
**Europa will mehr Energie aus Biomasse** ..... 11

## Milch

**Ab 10 Prozent über Quoten zahlen** ..... 7

## Bewegung

**Biogas für bäuerliche Wertschöpfung** ..... 8

## Tierhaltung

**Schafe und Ziegen gesund erhalten** ..... 10

## Schwerpunkt

**Bewegung, auf die es ankommt** ..... 12  
Anmerkungen zu 30 Jahre Bauernstimme und Abl  
**Ein ganz schön langer Weg** ..... 13

## Existenzgründung

**„Grund und Boden muss frei sein“** ..... 10  
Familie Lütjen hat ihren Hof gestiftet

## Nachbau

**„Unangemessen hohe Nachbaugebühren“** ..... 15  
**Erneut Absagen an Pauschalaukunft** ..... 15  
**Können Pflanzzüchter Freunde sein?** ..... 18

## Gentechnikfreie Landwirtschaft

**Grenzwert von 0,9 % unterhöhlt Haftung** ..... 16  
**Imkerpräsident kritisiert CSU** ..... 17

## Landleben

**Schäferleben im Göttinger Land.** ..... 19

## Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld bei Martin Schulz und Maria Willeit,  
Seite 9 · Leserbrief, Seite 18 · Eine Bäuerin erzählt, Seite 19 · Lesen,  
Seite 20-21 · Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, Seite 22-23

## Inhaltsverzeichnis

1976: Erich Honecker erhält 99,86 Prozent der Stimmen zum SED-Generalsekretär in der DDR. Die schwedische Popgruppe ABBA besingt die „Dancing Queen“, in Brokdorf wird gegen die Nutzung der Atomkraft demonstriert und im oberitalienischen Seveso tritt bei einer Explosion in einem Chemiewerk hochgiftiges Dioxin aus.

In Deutschland geben einige Bäuerinnen und Bauern zum ersten Mal eine Zeitung von Bauern für Bauern heraus – der Beginn unserer Bewegung. Seitdem haben eine Reihe von landwirtschaftlichen Verbänden aufgehört zu existieren, landwirtschaftliche Fernseh- und Hörfunksendungen sind aus den Programmen verschwunden und viele landwirtschaftliche Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Nicht so die „Bauernstimme“.

Der Spiegel hat sie einmal das „Zentralorgan der deutschen Agraropposition“ genannt. Die Zeit der Zentralorgane ist glücklicherweise vorbei – die Aufgabe, eine unabhängige, interessante Zeitung für Bäuerinnen und Bauern und für am ländlichen Raum interessierte Menschen zu machen, ist notwendiger denn je.



## Kommentar

## 30 Jahre – eine stachelige Aufgabe

Längst ist die Abl ein Gesprächspartner in der agrarpolitischen Diskussion in Berlin, Brüssel und den Ländern und die Bauernstimme eine Zeitung, die auch in Mini-

sterien, Unternehmen, Verbänden und wichtigen gesellschaftlichen Organisationen mit Interesse gelesen wird. Zur Selbstbeweihräucherung besteht kein Anlass. Einige finden unsere Zeitung zu brav, andere finden sie zu radikal – aber wir dürfen es nicht jedem Recht machen. Ob auf der diesjährigen Grünen Woche in Berlin oder auf der Biofach in Nürnberg – es wird mit Respekt beobachtet, dass es diese Zeitung schon so lange gibt. Die Bauernstimme wird nicht leise, wenn andere lieber auf Verschweigen oder Vertuschen setzen. Oder berichten Bauernverbandsblätter und landwirtschaftliche Magazine von den Abkassierern der Direktzahlungen? Wenn andere laut posaunen, rät sie zum Nachdenken. Sie liefert Handwerkzeug für die agrarpolitische Diskussion, Anregungen für die Arbeit auf den Höfen und gibt auch persönlichen Gedanken Raum, die im Alltag oft durch die Arbeit verdeckt werden.

Wie kann das alles eine Zeitung – auch finanziell – leisten, wo sie doch den „Marktpartnern“ Monsanto, BAYER, BASF usw. keine vierfarbigen Anzeigenflächen bietet? Weil es Menschen gibt, die sich dieser gewaltigen politischen Herausforderung stellen, Monat für Monat eine gute Zeitung zu machen. Deshalb sei an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Zeitungsredaktion und im ehrenamtlichen Redaktionsteam gedankt, die in den letzten 30 Jahren für diese Arbeit Verantwortung übernommen haben und weiter nehmen. Und dann sind da die vielen Menschen, die mithelfen: durch Hinweise, Recherchen, Schreiben von kurzen Meldungen und ausführlichen Hintergrundartikeln oder durch Fotos – immer auch unter besonderem bäuerlichen, kritischen Blickwinkel.

Ein einfaches „Weiter so“ wird es nicht geben, Veränderungen in der Welt und in der Gesellschaft werden auch Auswirkungen auf die Entwicklung in der Landwirtschaft haben. Ein Abonnent der ersten Tage sagte mir: „Ihr habt eine wichtige Aufgabe. Ihr müsst auch mit der Zeitung der politische Stachel bleiben für die Politik, für den Bauernverband, für die gesellschaftlichen Gruppen und in den eigenen Reihen...“ Ein sehr hoher Anspruch! Aber was sollte uns davon abhalten, mit der Unterstützung vieler bewegter Menschen und mit vielen Lesern unsere Arbeit fortzusetzen? Schließlich gibt es auf dem Lande viele bewegte Menschen und viele phantasievolle Bewegungen. Und darauf wird es auch in Zukunft ankommen!

Georg Janßen  
AbL-Bundesgeschäftsführer

## Meldung des Monats

In den nächsten Tagen bekommen einige bayerische Bauern wieder Besuch aus München. Dann geht es in die Ställe, und der Besuch kratzt an den Wänden oder wischt an den Stallfenstern, um Staub zu sammeln. Die Proben gehen dann an die Ludwig-Maximilians-Universität München. Prof. Dr. Erika von Mutius und ihr Team wollen daraus einen Impfstoff gegen Asthma und Allergien erstellen. In einer viel beachteten Studie hatten sie herausgefunden, dass Bauern-Kinder mehr als zehnmal seltener an Asthma und Heuschnupfen erkranken als Kinder ohne regelmäßigen Stallaufenthalt. Erste Impfversuche bei Mäusen verliefen bereits erfolgreich.

## Impressum

**b** unabhängige  
**bauernstimme**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

**Verlag/** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:  
**Abowerwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**

**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

**Satz:** Gebr. Wilke GmbH, Hamm

**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E



# Geflügel: Geschlossenes System – weit offen

Die riskante Sicherheit der Käfighaltung vor der Vogelgrippe

Freilandhühner sind das „entscheidende Einfallstor“ für die Vogelgrippe in die Geflügelställe. Das behauptet der Influenza-Experte Albert Osterhaus im *Spiegel*. Die Unternehmensphilosophien der industriellen Geflügelfirmen bekommen plötzlich neuen Glanz. Die Firma „Wiesenhof“ (PHW) verspricht Sicherheit: Hier ist „alles unter einem Dach – nach dem Prinzip Alles aus einer Hand“. Im Kampf gegen die Seuche hat die Massentierhaltung plötzlich die Nase vorn. Sie präsentiert sich als sicheres „geschlossenes System“. Auch bei Tierärzten ist diese Meinung verbreitet. Aus seuchenhygienischer Sicht sind die vielen kleinen Tierhalter für den Tierarzt ein Problem. Der Zeitaufwand für Terminvereinbarungen und Kontrollen ist immens. Maßnahmen gegen bestimmte Seuchen können sich über Jahre hinziehen. Bei den agroindustriellen Ställen dagegen ist

teier für die Kükenproduktion erzeugt. Ausgebrütet werden jährlich rund 640 Mio. Hühnereier, 50 Mio. Truthühnereier und 25 Mio. Enteneier in nur 60 Großbrütereien. Bei rund 80 Prozent Bruterfolg werden dort 42 Mio. Legehennenküken und über 400 Mio. Mastküken produziert.

Doch längst nicht alle geschlüpften Eintagsküken verbleiben im Inland. Deutsche Brütereien exportierten 2004 nicht nur in die benachbarten EU-Länder 6,9 Mio. Eintagsmastküken und 4,3 Mio. Legehennenküken, sondern auch in fernere Länder wie Saudi-Arabien (90.400 Küken) oder Syrien (55.800 Küken). Im Gegenzug werden aus den Niederlanden jährlich knapp 800.000 Mastküken nach Deutschland – vor allem nach Weser-Ems – importiert. Der Handel mit eintägigen Küken ist die Schlagader des florierenden internationalen Geflügelgeschäfts.

Noch komplizierter wird die Stufenfolge, weil Elterntierhaltung, Aufzucht und Mast nur zum Teil vom Unternehmen selbst betrieben wird. Sie sind ausgelagert bei vielen bäuerlichen Vertragspartnern. Weitere Transporte für Futter, Tiere, Mist und Kadaver sind notwendig.

## Hohe Anfälligkeit

Diese aufgesplittete, gleichzeitig aber regional stark konzentrierte Produktionsform ist für Tierseuchen extrem anfällig. Die möglichen Infektionswege sind vielfältig: Stallpersonal, Tierarzt, Ausräumkolonne, neuerdings Kamerateams können zu menschlichen Krankheitsüberträgern mutieren. Selbst bei größter Hygiene und umfangreichen Vorsichtsmaßnahmen ist eine Infektion nicht vollständig auszuschließen. Es reicht ja schon aus, wenn die im Stall ausgebrachte Einstreu durch infizierten Wildgeflügelkot beschmutzt ist, um einen Ausbruch zu erzeugen. Und auch Viehtransporte oder ein kontaminierter Futtermittelwagen können Übertragungswege

darstellen. Ganz abgesehen von der Übertragungsmöglichkeit durch unerwünschten Besuch von Ratten und Mäusen in der Tierhalle oder dem Futtermittelsilo.

Ein ganz besonderes Risiko ergibt sich im Geflügelballungsgebiet Süd-Oldenburg, denn durch die räumliche Nähe der Geflügelbetriebe untereinander können hier auch über die Luft Viren übertragen werden. Ein weiteres Problem ist bisher kaum beachtet worden. Gelangt ein Virus in eine Hühnerfabrik, dann ist der Infektionsdruck für die dort arbeitenden Menschen um ein Vielfaches stärker als bei kleineren Beständen mit Auslauf.

Die Räumung einer infizierten Hühnerfabrik ist ein Alptraum. Auch bei Arbeiten im Schutzanzug ist es bei früheren Seuchenzügen immer zu Erkrankungen des Personals, sogar zu Todesfällen gekommen. Allseits befürchtet wird die Mutation des H5N1 zu einem zwischen Menschen übertragbaren Virus. Mit dem Tierbesatz pro Stall steigt die Häufigkeit der Übertragung und damit die Wahrscheinlichkeit für Mutationen.

Die Sicherheit der industriellen Tierhaltung ist riskant. Die Infektion eines Tieres führt hier zu einer explosiven Ausdehnung der Seuche, die nur noch durch die Tötung der Tierbestände ganzer Regionen zu stoppen ist.

Martin Hofstetter, Götz Schmidt



Hähnchenmast

## Zugvögel

Über Hunderttausend Wildvögel sind in letzter Zeit auf H5N1 getestet worden. Die FAO meldet im November 2005: Der Test lebender Zugvögel in den infizierten Ländern hat kein einziges positives Ergebnis für H5N1 erbracht. Detaillierte Untersuchungen der Organisation birdlife ergaben: Infizierte Zugvögel sterben, sie können keine weiten Strecken mehr fliegen, sie sterben in der Regel am Ort der Ansteckung. Von birdlife wurden die Flugrouten der Zugvögel und die Ausbreitungsmuster der Vogelgrippe verglichen. Die Ausbrüche folgten danach den Hauptverkehrslinien der Straßen und Eisenbahnen und nicht den Flugrouten der Vögel. Übertragungswege können sein: Transport von Geflügel und unbehandelten Geflügelprodukten; Handel mit wilden Vögeln; infizierter Vogelmist als Futter in Fisch- und Schweinefarmen. Das Virus kann (nach einem US Report von 1980) übertragen werden durch den Transport lebender und toter Vögel, kontaminierte Fahrzeuge, Eier, Federn, Wasser, Insekten und Menschen, Ratten, Mäuse usw. GS

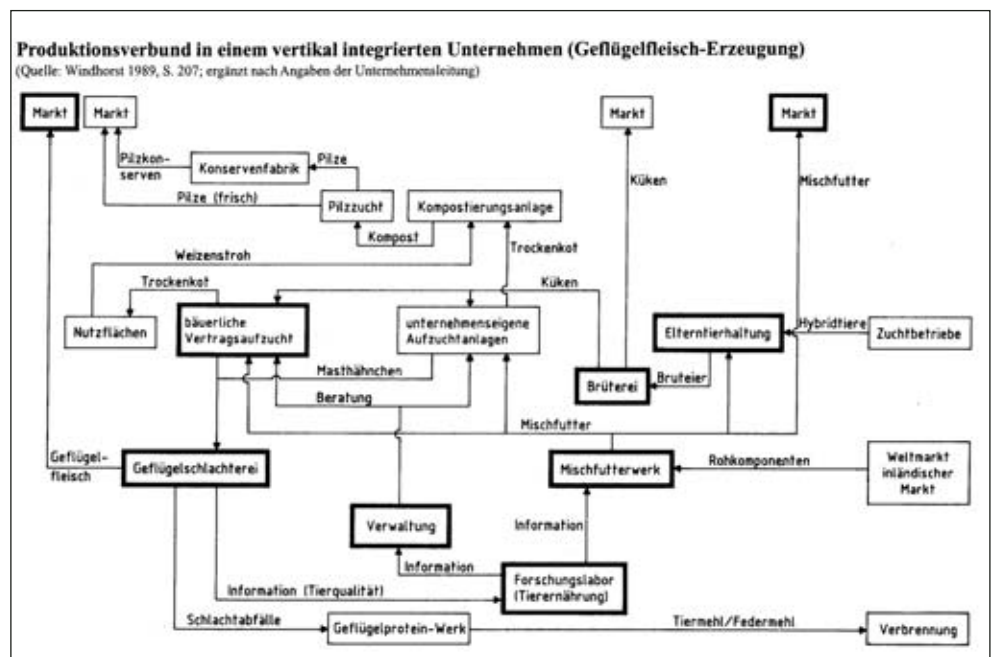
## Zur Desinfektion

Zur Tierseuchenbekämpfung wird das Besprühen von Autoreifen mit Desinfektionsmitteln oder die Installation von Durchfahrbecken (Wannen) und sogenannter Seuchematten häufig genutzt. Das Fachjournal „Archiv für Geflügelkunde“ meldet dazu, dass viele Desinfektionsmittel bei niedrigen Temperaturen (4 °C) nicht wirken. Diese Erscheinung ist Fachleuten als „Temperaturfehler“ bekannt. Zudem müssen Desinfektionsmittel oft längere Zeit einwirken, so dass das kurze Besprühen von Autoreifen, Durchfahrbecken und Seuchematten kritisch zu sehen ist. GS

die Zahl überschaubar. Kontrollen sind schnell durchzuführen. Bei den verschiedenen Produktionsstufen herrscht ein kontrollierter Seuchenstatus. Die Dokumentation für Millionen von Tieren ist nachvollziehbar.

## Reger Verkehr

Ein Blick auf die Struktur der Geflügelfleischerzeugung zeigt: Das geschlossene System in der Geflügelbranche ist eine Fiktion. In den vergangenen 40 Jahren hat sich hier ein Agrarbereich entwickelt, der von extremer Spezialisierung gekennzeichnet ist: Zuchtbetrieb, Elternfarm, Brüterei, Mast- oder Legebetrieb, Schlachthof, Entsorgung von Mist, Schlachtabfällen und Kadavern. Die Folge der Spezialisierung: Der Weg von der Eierzeugung in der Elterntierfarm bis zum Schlachthof ist oft mehrere hundert Kilometer weit. Das „geschlossene System“ ist extrem transportintensiv. Es geht hin und her. In Deutschland werden in speziellen, räumlich getrennten Elterntierfarmen die Bru-



Alles andere als geschlossen „unter einem Dach“ arbeitet die Geflügelindustrie.

## Zucker: Reformumsetzung auf Hochtouren

Nach dem kürzlich erschienen Gesetzentwurf des Bundesministeriums sollen die voll entkoppelten Ausgleichszahlungen für die Senkung des EU-Rübenmindestpreises um fast 40 Prozent in Deutschland vollständig betriebsindividuell gezahlt werden. Im Gegensatz zu den bisherigen Prämien soll es dabei keine regionale Umverteilung zwischen den Bundesländern geben. Weil aber die Zuckerquoten unterschiedlich verteilt sind, verschärft das die Unterschiede der ab 2013 regional einheitlichen Prämien zwischen den Bundesländern. Grundlage für die Berechnung der Zahlungen ist der Umfang der vertraglich gebundenen Liefermenge (Quote) im Wirtschaftsjahr 2006/07. Dabei soll der Ausgleich für A- und B-Quoten gleich hoch sein, was sich negativ auf die Betriebe auswirken kann, die wenig B-Rüben geliefert haben. Die Zahlungen gehen in den Jahren 2010 bis 2013 in den Angleichungsprozess der Prämienrechte mit ein. Damit alles noch in diesem Jahr über die Bühne gehen kann, muss der Bundesrat dem Entwurf bis allerspätestens 7. April zustimmen. Die von der EU-Kommission und der Mehrheit der EU-Staaten geplante zeitweise Quotenkürzung bei Zucker um rund 10 Prozent für das kommende Wirtschaftsjahr 2006/07 beeinflusst nicht die Höhe der Ausgleichszahlung. *bet*

## Schritttempo bei den WTO-Verhandlungen

„In Hongkong haben wir eine neue Frist bis Ende April gesetzt“, verkündete der EU-Handelskommissar Peter Mandelson jüngst in Berlin. Ende April – bis dahin wollen die Delegierten der Welthandelsorganisation (WTO) endlich einen Konsens für den Umfang des Zoll- und Subventionsabbaus im Agrarsektor und auch für die Marktöffnung bei den Industriegütern finden. Diese Modalitäten sollen dann bis Ende Juli in einem umfassenden Entwurf eingebettet sein. Bleibt dann noch der letzte Verhandlungspunkt in der derzeitigen Welthandelsrunde: die Dienstleistungen. Hierfür will die WTO bis Ende Juli die Details klären. Der Entwurf soll bis Ende Oktober stehen. Noch bevor Weihnachten in die Stuben einkehrt, soll das Abkommen, jedenfalls laut Zeitplan, unter Dach und Fach sein und in der ersten Jahreshälfte 2007 ratifiziert werden. Grund für diesen Stechschritt ist nicht zuletzt, dass eben zu diesem Zeitpunkt in den USA das WTO-Handelsmandat des Präsidenten ausläuft. Mandelson versprach Optimismus beim Besuch in der Bundeshauptstadt: „Wir können es schaffen, wenn wir den Willen dazu haben.“ Dabei gehen die Verhandlungen nur denkbar schlecht voran. Das kürzlich in Davos, Schweiz, stattgefundene Mini-Ministertreffen brachte entgegen den Erwartungen keine neuen Ergebnisse. *bet*

## Gentechnikgesetz Teil II auf dem Weg

Mitte Februar verabschiedete der Bundestag den abschließenden Teil des neuen Gentechnikgesetz und schließt damit die bisherige Lücke in der Umsetzung von EU-Recht. Dabei geht es vor allem um die Produktion in geschlossenen Systemen. Der für die Landwirtschaft wichtige Teil wie Haftung, Standortregister und gute fachliche Praxis bleibt zunächst unverändert bestehen. Die Bundesregierung plant jedoch, in den nächsten Monaten die Haftung aufzuweichen und den Schutz für die gentechnikfreie Landwirtschaft damit abzubauen. *ms*

## Seehofer spekuliert über Gleitflug

In der Aktuellen Stunde im Bundestag am 8. Februar zum Agrarbericht der Bundesregierung hat Bundesminister Horst Seehofer (CSU) den Zeitraum in Frage gestellt, in dem die Zahlungsansprüche bzw. Prämienrechte angeglichen werden. Bekanntlich sieht das im Sommer 2004 von Bund und Ländern beschlossene Gesetz eine Angleichung in den Jahren 2010 bis 2013 auf regional einheitlich hohe Zahlungsansprüche vor. Im Bundestag sagte Seehofer, in seinem Haus werde derzeit für den Bereich Milch eine Konzeption erarbeitet, „um die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Milchquotensaldierung, den Molkereien und dem Abschmelzen der Prämienzahlungen 2010 oder später überwinden zu können“. Näher ging der Minister nicht auf das „Abschmelzen“ ein, so dass spekuliert werden darf, ob das Ministerium ernsthaft über ein Aufschnüren des Reformbeschlusses nachdenkt – und auf wessen Veranlassung. Forderungen aus der Zuckerwirtschaft, die neuen entkoppelten Zahlungen aus der Zuckermarktreform aus dem Gleitflug 2010 bis 2013 herauszunehmen, sind bei der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag auf Ablehnung gestoßen. *uj*

Kurzes am Rande

# Bauern schaffen Arbeitsplätze

Mini-Job-Agentur Landwirtschaft im östlichen Ruhrgebiet

Viele Landwirte blicken skeptisch auf die Versuche verschiedener Bundesregierungen, Arbeitslose in die Landwirtschaft zu schicken. Nun aber gibt es im Kreis Unna (NRW) ein Regionen-aktiv-Projekt, das Erfolge nicht nur verspricht, sondern die ersten bereits erzielen konnte. Seit dem Start im Herbst 2005 konnte die Mini-Job-Agentur der Diakonie bis zum Jahresende die ersten sieben Landwirte mit Helfern versorgen, und weitere 80 Bewerbungen liegen auf dem Tisch. Worin liegt das Geheimnis dieses Erfolges? Natürlich in mehreren Punkten:

### Behutsam anfangen

Die Einstiegsschwelle ist bewusst niedrig gehalten, sowohl für die Landwirte als Ar-



beitgeber wie für die Arbeitsuchenden. Zunächst geht es nicht um Vollzeitstellen, auch nicht um stressige Ernteeinsätze, sondern um „Mini-Jobs“ mit einem 400-Euro-Lohn. So ist für den Landwirt die finanzielle Belastung überschaubar. Auch der zeitliche Umfang, in dem der neue Mitarbeiter angeleitet werden muss, hält sich in Grenzen. Das Risiko, dass man sich „ein Kuckucksei ins Nest“ holen könnte, ist gering und wird durch die „Mini-Job-Agentur“ weiter gesenkt. Umgekehrt gewinnt der Mini-Jobber zwar noch kein existenzsicherndes Einkommen, wohl aber einen Zuverdienst und die Chance, sich in ein neues Arbeitsfeld einzuarbeiten. Wenn die Zusammenarbeit klappt, können Landwirte und Mini-Jobber ihr Arbeitsverhältnis erweitern.

### Vorgespräche

Über 80 Interessenten haben sich bisher gemeldet und wurden in den Bewerberpool aufgenommen. Sie rennen den Bauern aber nicht die Türen ein, sondern sprechen erst einmal mit Angela Rose, Projektmitarbeiterin bei der Diakonie, über ihre Fähigkeiten, Interessen und körperliche Belastbarkeit.

Überwiegend haben sich zwar Männer, zu 40 Prozent aber auch Frauen gemeldet. Das Durchschnittsalter liegt bei 32 Jahren, der jüngste Bewerber ist gerade 16, der Älteste bereits 63 Jahre alt. Zwei Drittel der

Interessenten sind arbeitslos und beziehen zumeist Arbeitslosengeld II oder gar keine Leistungen. Hinzu kommen Schüler und Studenten, aber auch einige Rentner und sogar einige Berufstätige, die sich etwas „nebenbei“ verdienen wollen. Neben den Schülern und Studenten hat ein Viertel der Bewerber keine Berufsausbildung, während immerhin 60 Prozent einen zumeist handwerklichen Beruf erlernt haben.

Kein Bewerber ließ sich davon abschrecken, dass man sich bei der landwirtschaftlichen Arbeit durchaus anstrengen und schmutzig machen muss. Das große Interesse an der Arbeit in der Landwirtschaft widerspricht allen verbreiteten Vorurteilen. Ähnlich wie die Arbeitsuchenden müssen sich auch die Landwirte befragen lassen. Eine Aufgabe, die Hildegard Busemann vom Betriebshilfsdienst (BHD) übernommen hat. Sie ermittelt den Personalbedarf und die Einsatzfelder.

### Die Agentur

Was nun folgt, sind die entscheidenden Schritte: In weiteren persönlichen und telefonischen Gesprächen mit den Arbeitsuchenden, mit ihrer Kollegin vom BHD und mit den Landwirten klärt die Mini-Job-Agentur, wer zu welcher Arbeit, und vor allem: wer zu wem passt. Derart bestens vorbereitet, kann das Vor- bzw. Einstellungsgespräch zwischen Landwirt und Bewerber eingefädelt werden.

Dass schon nach wenigen Wochen die ersten sieben Betriebe, die sich auf dieses Experiment eingelassen haben, erfolgreich durch neue Mitarbeiter/innen verstärkt werden konnten, bestätigt den Grundgedanken dieses Modellprojektes: Landwirtschaftliche Jobs vermitteln sich nicht von selbst, sondern bedürfen einer sorgfältigen, passgenau auf die Betriebe abgestimmten Personalauswahl. Dabei müssen die interessierten Landwirte von aufwändigen Stellenausschreibungen, Vorstellungsgesprächen und Absageschreiben entlastet werden. Herzstück ist daher die Kooperation zwischen Betriebshilfsdienst, der die Landwirte betreut, und der Mini-Job-Agentur der Diakonie, die sich um die Arbeitsuchenden kümmert. Bleibt zu hoffen, dass dieses Projekt auch nach dem Ende der Regionen-aktiv-Förderung fortgeführt und das heißt: finanziert werden kann.

*Kontakt: Betriebshilfsdienst, Frau Busemann, Marie-Curie-Str. 6, 59423 Unna, Tel.: 02303-25310-50. Mini-Job-Agentur der Diakonie, Frau Rose, Mozartstr. 20, 59423 Unna, Tel.: 02303-25024-520*

*Ulrich Höpke*



## Schildersammlung statt Richtungsweiser

Die nationale Strategie des Bundesministeriums zur ländlichen Entwicklung lässt den Ländern fast alle Wege offen

Was diesem Text fehlt ist eine klare Ausrichtung. Das sagen sogar die Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), die am Montag, den 20. Februar 2006 zu einer Verbände-Anhörung zum Thema Ländliche Entwicklung eingeladen hatten. Diskutiert wurde die nationale Strategie zur ländlichen Entwicklung für die Förderperiode 2007-2013, die die Bundesregierung bis Mitte März an die EU-Kommission übergeben muss. Jedes EU-Land muss so eine Strategie vorlegen: Welche Herausforderungen in den ländlichen Gebieten gibt es, wie und durch welche Maßnahmen bzw. Förderangebote sollen sie gemeistert werden – also wie will das EU-Land die EU-Mittel für die so genannte zweite Säule in Zukunft einsetzen. Immer wieder wurden im Laufe der Sitzung Vorschläge der Agrar- und Umweltverbände für Präzisierungen des Textes mit dem Argument, diese fielen verfassungsgemäß in den Kompetenzbereich der Länder, zurückgewiesen.

Da in Zukunft erheblich weniger Finanzmittel für den ländlichen Raum zur Verfügung stehen, gilt es nun, frühzeitig gezielte Schwerpunkte in der Förderung zu setzen, fordern Umweltverbände und die Abl. Um der EU-Verordnung zur Förderung der ländlichen Entwicklung (ELER) nachzukommen, braucht es klare Leitlinien, die alle drei Nachhaltigkeitsziele beinhalten: Wirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie soziale Ausgewogenheit. Wenn Mecklenburg-Vorpommern etwa den Bau von Mastanlagen ohne Obergrenzen bei Tierzahlen oder Besatzdichten je Hektar mit Mitteln der 2. Säule fördern

will, und das hat das Bundesland vor, dann muss eigentlich die Frage lauten: Wie hoch ist der Beitrag solcher Anlagen für das Arbeitsplatzangebot und die Umwelt im ländlichen Raum? Insbesondere dann, wenn bäuerliche Mastbetriebe im benachbarten Bundesland in der Folge schließen müssen. Die Erfahrung der letzten Förderperiode hat außerdem gezeigt, dass kleinere Projekte häufig eine größere positive Wirkung in Bezug auf Arbeitsplätze und Lebensqualität im ländlichen Raum haben. Förderung von Kleinunternehmen, die Honorierung der ökologischen Leistungen der Landwirtschaft, Förderung von Diversifizierungsansätzen und Projekte, die auf engen lokalen Kooperationsnetzen aufbauen, erfordern oft weniger Gelder und entsprechen den drei Nachhaltigkeitszielen der ländlichen Entwicklung.

Schon aus diesem Grunde wäre es sinnvoll, die Konkurrenz um die begrenzten Mittel nicht allein auf die Länderebene zu schieben, sondern bereits auf Bundesebene eine Stoßrichtung vorzugeben. Doch dazu gibt es im BMELV wenig Bereitschaft. Dazu passt, dass Bund und Länder die Investitionsförderung für Stallbauten nun wieder auch dann fließen lassen wollen, wenn die Besatzdichte im Betrieb über zwei Großvieheinheiten je Hektar hinausgeht. Die Länder haben zudem versucht, das

Ausschlusskriterium Käfighaltung bei Hühnern und Vollspalten bei Schweinen aus der Förderrichtlinie der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz zu streichen. Noch steht es aber drin.

Die deutsche Strategie soll bereits nach der Agrarministerkonferenz von Bund und



Ländern am 9. März an die EU-Kommission weitergegeben werden. Somit wird es in den nächsten Wochen entscheidend sein, sich auf Länderebene für eine Ausgestaltung der Programme, die dem ländlichen Raum in seiner Vielfalt und Vitalität tatsächlich dienlich ist, einzusetzen.

*Sonja Korpeter*

### NRW kippt Strohprogramm

Für Betriebe, die bewusst auf Stroheinstreu statt Vollspaltenböden gesetzt haben, hat Nordrhein-Westfalen nun fast zehn Jahre lang einen Bonus gezahlt. Mit dem so genannten Festmistprogramm, an dem mehrere Hundert Betriebe im Land teilgenommen haben, wurde dieses im Vergleich zum Vollspaltenboden als artgerechter angesehenes Haltungssystem belohnt. Angetrieben vom Bauernverband, hat der Landwirtschaftsminister Eckehard Uhlenberg schon früh nach seiner Nominierung das Urteil über dieses Programm gefällt: weg damit. Er sieht es als „grüne Spielwiese“ an. Selbstverständlich stehe den Stroh-Betrieben aber die Investitionsförderung offen..., sagte Uhlenberg in einem Gespräch mit dem Abl-Landesvorstand.

## Erhebliche Kürzungen in der Zweiten Säule

Als Folge des Beschlusses beim EU-Gipfel im Dezember 2005 über die Finanzplanung der EU für die nächste Förderperiode 2007 bis 2013 ergeben sich für die Länder-Programme der Zweiten Säule in Deutschland erhebliche Kürzungen. Kürzungen an EU-Mitteln aus der Zweiten Säule von bis zu 47 Prozent in den alten Bundesländern und von über 30 Prozent in den neuen Bundesländern sind die Folge. Etwas aufgefangen werden die Kürzungen durch die Modulationsmittel, d.h. durch eine Teil-Umschichtung von allgemeinen Direktzahlungen hin zur Zweiten Säule. Wie sich dann die Finanzsituation in den Bundesländern darstellt, zeigt folgende Tabelle:

Angaben in Mio. Euro	Jahre 2000-2006	Jahre 2007-2013	Veränderung
Baden-Württemberg	817,16	524,92	- 36%
Bayern	1.691,03	1.106,22	- 35%
Brandenburg und Berlin	1.062,82	937,93	- 12%
Hessen	273,27	193,03	- 29%
Mecklenburg-Vorp.	883,35	779,90	- 12%
Niedersachsen und Bremen	692,88	724,20	+ 5%
Nordrhein-Westfalen	290,61	252,77	- 13%
Rheinland-Pfalz	309,58	204,77	- 34%
Saarland	36,38	25,04	- 31%
Sachsen	1.093,42	820,39	- 25%
Sachsen-Anhalt	960,24	722,71	- 25%
Schleswig-Holstein und Hamburg	286,82	227,47	- 21%
Thüringen	834,77	612,66	- 27%
<b>Deutschland gesamt</b>	<b>9.232,33</b>	<b>7.132,01</b>	<b>- 23%</b>

Quelle: Deutscher Verband für Landschaftspflege

## Ecuador: Höfesterben durch Freihandel

Ecuador verhandelt über ein Freihandelsabkommen. Milchbauern protestieren

### Mehrfach-Rückstände

Pestizid-Rückstände bei Obst und Gemüse fanden die Tester von Ökotest bzw. Greenpeace vor allem bei Trauben, Erdbeeren und Paprika. Die Mengen der jeweils einzelnen Wirkstoffe lagen dabei meist unterhalb ihrer zulässigen Höchstmengen, so dass Lebensmittelprüfer die Ware nicht beanstanden konnten. Allerdings sind die Kombinations-Wirkungen von bis zu 17 verschiedenen Stoffen innerhalb einer einzigen Paprika vollständig unbekannt. Laut Öko-Test fordern Fachleute hier eine Änderung, so dass zumindest Stoffe mit gleichem toxikologischen Wirkmechanismus gemeinsam bewertet werden. In seinem groben Supermarkt-Test fand Greenpeace zum Teil sogar nicht zugelassene Mittel, nur 29 Prozent der Proben waren völlig rückstandsfrei. Deutliche Unterschiede fand Greenpeace zwischen den Herkunftsländern und zwischen den deutschen Handelsketten: Aldi schnitt am besten ab, Lidl und Metro am schlechtesten. pm

Am 25. Januar blinkte im AbL-Büro auf allen Bildschirmen ein elektronischer Hilferuf aus Ecuador auf. Ein Zusammenschluss von Kleinbauern im Käse- und Milchsektor, dem 500.000 Kleinproduzenten angehören, kritisiert das aktuell diskutierte Freihandelsabkommen (TLC – Tratado de Libre Comercio) zwischen Ecuador, Peru, Kolumbien und den USA.

„Nach jüngsten Zahlen aus dem Landwirtschaftsministerium muss damit gerechnet werden, dass der nationale Preis für Milch sofort mit Inkrafttreten des TLC auf 20 US Cent absinkt“, sagt Frank Brassel. Er arbeitet in Quito als Fachkraft des Evangelischen Entwicklungsdienstes für das unabhängige Agrarforschungszentrum SIPAE. Derzeit liegt der Milchpreis bei 25 US Cent. 18 US Cent je Liter Milch werden als reine Produktionskosten angesetzt. Brassel prognostiziert, dass durch das TLC-Abkommen das Höfesterben rasch und kontinuierlich voranschreiten würde. Dabei leben knapp zehn Prozent der Bevölkerung von der Milch- und Rinderproduktion. Die Hälfte davon sind Kleinbauern, die zwischen vier und 50 Liter Milch am Tag produzieren. „Den Preisverfall würden die Kleinbauern nicht nur im Geldbeutel, sondern auch im Magen spüren“, sagt der Entwicklungshelfer.

Kurz vor einem geplanten Länder-Treffen zum TLC-Freihandelsabkommen, das aber geplatzt ist, schickte also der Kleinbauern-Zusammenschluss, unterstützt von SIPAE, den Hilferuf um die Welt, mit einem offenen Brief an den ecuadorianischen Präsidenten Alfredo Palacio Gonzáles im Anhang und der Bitte, den Brief zu unterzeichnen. Die Kernforderung lautete, die Milchproduktion im Land vor Billigimporten zu

schützen und auch in Zukunft den Import von Milchpulver zu verhindern. Neben 68 ecuadorianischen und internationalen Organisationen hat auch die AbL den Brief unterzeichnet. „Die Leute hier fühlen sich gestärkt. Scheinbar sind sie es auch“, sagt Brassel. „Für den 6. März sind sie zu einem Termin im Landwirtschaftsministerium geladen.“

Berit Thomsen



Im südamerikanischen Ecuador leben viele Kleinbauern von der Milch- und Käseerzeugung.

Foto: SIPAE

## Der Irrsinn der Pflanzenschutzwerbung

„Hirst Du noch ... oder Maist Du schon?“

Die Pflanzenschutz-Konzerne läuten den Frühling ein – wie jedes Jahr. Eine Flut von teuren Großanzeigen in den Agrarzeitungen wirkt auf die Bauern ein, was sie spritzen und kaufen sollen. Und weil es ganz offensichtlich an anderen Argumenten fehlt, kommen die teuren Konzern-Werbeagenturen auf immer abstrusere Werbe-„Argumente“:

Ganz gemäß dem alten Muster vom Chemie-Krieg verspricht BASF mit „Champion“ den „Durchbruch an der Pilzfront“. Das neue BASF-Herbizid „Biathlon“ wird offensichtlich sogar vom Feldrand aus von einem Skiläufer mit dem Gewehr ausgebracht. Syngenta verpricht, mit einem Schwert an der Hosennaht, man werde „als Sieger vom Feld“ gehen.

Zivilere Naturen bietet es BASF eher soft: „Flexity“ soll – in Gestalt eines zarten Frauenmunds – den Mehltau „einfach wegputzen“. Für eher sportlich besaitete Bauern galoppieren ungestüme Pferde als „Bayer-Husar-Powerlösung“ über die Drillreihen hinweg. Ein Segelschiff auf dem Acker bewirbt die Syngenta-Rübenbeize „Cruiser“. Als Wunderwaffe gegen „alle typischen Maisunkräuter“ lässt BASF uns durch einen offenbar fanatisierten Intellektuellen aus dem Mais zurufen: „Maist Du schon?“ oder „Hirst Du noch?“ BASF zeigt einen „klugen Kopf“, aus dem Ähren statt Haare wachsen – dank „Fandango“.

Geiz ist offensichtlich auch bei Pestiziden geil: Der FCS-Chemiekonzern hat auf ein

Ährenbündel ein Preisschild mit der Aufschrift „Das Schnäppchen“ geklebt, das für „Cirkon“ wirbt, das „Fungizid für die Cleveren“. Nicht das „weißeste Weiß Ihres Lebens“, wohl aber „das beste Starane aller Zeiten“ preist uns Dow AgroSciences an. Besonders aufgefallen ist uns die Bayer-Werbung für das Fungizid Folicur. Sie zeigt einen dynamischen Agrarunternehmer mit seiner jungen Girlie-Tochter im Rapsfeld und lässt ihn sagen: „Ich wünschte, ich könnte den Nachbarssohn genauso leicht von meiner Tochter fernhalten wie Wurzelhals- und Stängelfäule von meinem Raps.“

Unklar, was diesem Herrn an seinem künftigen Schwiegersohn so sehr missfällt und wie wir helfen können. Unklar auch, ob und wie lange unser Landwirt unter dem Einfluss von Folicur gelitten haben mag. Für den Fall solch auftretender Nebenwirkungen fragen sie aber bitte nicht nur ihren BASF-Verkäufer oder Bayer-Vertriebsleiter.



Ganz alltägliche Werbung in anderen Agrar-Medien



## Ab 10 Prozent über Quote zahlen

Saldierung auf 10 Prozent beschränkt. Zusätzliche Quoten werden verteilt

Wird in Deutschland nun in einem Milchwirtschaftsjahr die gesamte nationale Quote überschritten, sind nun alle Milcherzeuger direkt betroffen, die ihre einzelbetriebliche Milchquote um mehr als 10 Prozent überliefern. Denn laut Bundesratsbeschluss vom 10. Februar 2006 ist die Verrechnung (Saldierung) von Unterlieferungen und Überlieferungen auf 10 Prozent der einzelbetrieblichen Quote des Überlieferers begrenzt worden. Wer mehr als 10 Prozent überliefert, dem drohen damit unmittelbar Strafzahlungen (Superabgaben). Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Deutschland insgesamt zugeteilte Milchquote überschritten wird. Wird sie nicht überschritten, wird in Deutschland (anders als in Frankreich) auch keine Superabgabe erhoben. Aber auch bei Überlieferungen unter 10 Prozent drohen Superabgaben, wenn für die Saldierung nicht genügend Unterlieferungen bereit stehen. Nach Angaben der ZMP haben die deutschen Milcherzeuger in den ersten neun Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres (April-Dezember 2005) die Quoten zusammengerechnet um 1 Prozent überliefert (gegenüber 1,1 Prozent im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor). Die ZMP geht da-

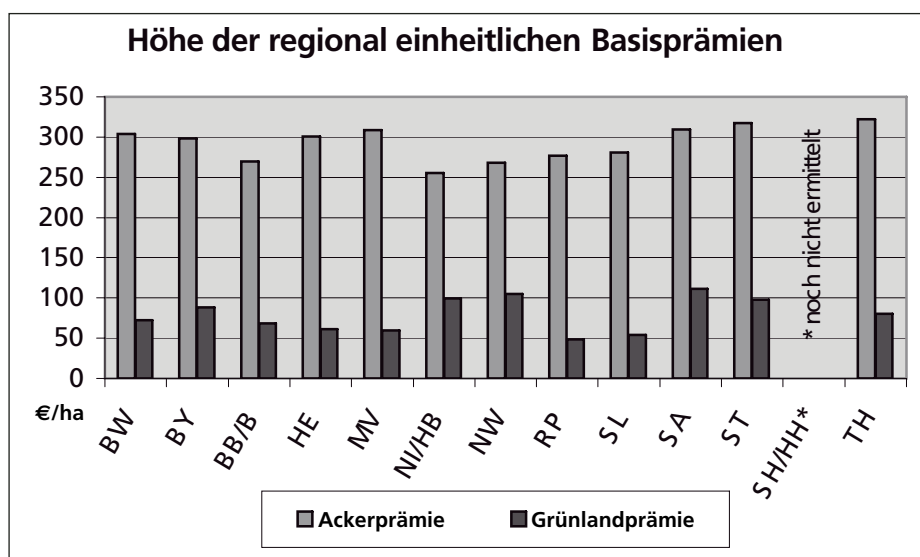
von aus, dass es bis Ende März nicht gelingt, die Anlieferung so weit zu drücken, dass eine Überlieferung im Milchwirtschaftsjahr vermieden wird.

Bisher gab es für die Saldierung auf Molkeebene keine einzelbetrieblichen Grenzen, was einige Betriebe dazu verleitet hat, auf das Unterliefern anderer Lieferanten ihrer Molkerei zu spekulieren und ihre eigenen Quoten stark zu überliefern. Manche Betriebe sind sogar gezielt zu Molkereien gewechselt, die für starke Unterlieferungen bekannt sind.

Entschieden ist nun auch, dass in Deutschland die von der EU ab 2006/07 zusätzlich zugeteilten Milchquoten von insgesamt 1,5 Prozent (drei Jahresschritte mit je 0,5 Prozent) ausgeteilt werden. Auf entsprechende Protestbriefe von Milchbauern hat das Bundesministerium geantwortet, dass Molkereiwirtschaft und Berufsstand (gemeint ist der Deutsche Bauernverband DBV) das Austeilen gefordert hätten. Seltsam nun, dass nach dem Beschluss der DBV in einer Pressemitteilung behauptet: „Die Quotenerhöhung konnte trotz intensiver Interventionen des Berufsstandes nicht verhindert werden.“

uj

## Prämiensockel nun errechnet



Nun steht fest, wie hoch die regional einheitlichen Prämienanteile für Grünland und für Ackerland sind. Auf Grundlage der in den Prämien-Anträgen für 2005 enthaltenen Flächen und der entsprechend zugeteilten Zahlungsansprüche ergeben sich für die einzelnen Regionen (in der Regel Bundesländer) sehr unterschiedlich hohe Sockelbeträge, wie das Bundesministerium für Landwirtschaft mitteilt. Für die Prämienregion Schleswig-Holstein/Hamburg liegen die endgültigen Zahlen noch nicht vor. Wie die Grafik zeigt, ist

Thüringen beim Acker Spitzenreiter mit 322 Euro/ha und Niedersachsen/Bremen Schlusslicht (255 Euro/ha). Der höchste Betrag für Grünland wird in Sachsen gezahlt (111 Euro/ha), der niedrigste in Rheinland-Pfalz (48 Euro/ha). Die Zahlen gelten bis einschließlich zum Jahr 2009, ab 2010 erhöhen sich die Werte, indem ab dann schrittweise die betriebsindividuellen Zuschläge auf die Prämiensockelbeträge regional einheitlich umgelegt werden.

pmm

Kurzes am Rande



Österreichische Milchbauern zogen vor Penny-Märkte, um gegen Dumping-Angebote von „Heidi-Butter“ zu demonstrieren.

### Preispolitik und Bauernsterben

Mit Demonstrationen vor Supermärkten der Kette „Penny“ hat die österreichische IG-Milch den Zusammenhang zwischen der aggressiven Handelspolitik verschiedener Handelsketten und der sich ständig verschlechternden Lage der Milchbauern erneut ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Penny hatte nach Österreich importierte Butter mit dem Namen Heidi-Butter zum Preis von 79 Cent und damit unterhalb des zwischen Handelsketten und Milchbauern vereinbarten Mindestpreises von 99 Cent angeboten. In den Regalen liege diese Butter neben der österreichischen Butter, die dann in der Folge weniger gekauft werde, so die IG Milch. Die Molkereien gerieten unter Druck und die Erzeugerpreise sanken. Außerdem warf die IG-Milch der Handelskette Verbrauchertäuschung vor. Die Heidi-Butter „wird mit grünen Wiesen und Bergen beworben und in den billigsten Produktionsbetrieben Europas zugekauft. Dagegen setzen wir uns zur Wehr“, sagte Ewald Grünzweil, Vorsitzender der IG-Milch. Bis Redaktionsschluss hatte die zu REWE gehörende Supermarktkette das Heidi-Butter-Angebot noch nicht zurückgenommen, aber laut über einen Austausch von importierter Heidi-Butter durch österreichische nachgedacht. sk

### Nächtliches Milchpreisabkommen

In Frankreich wurde nach zähen Verhandlungen bis in die Nacht hinein ein neues Milchpreisabkommen geschlossen. Die Preisempfehlung für das erste Quartal 2006 sieht eine Kürzung des Preises um 8,90 Euro je 1.000 l Milch (0,89 Cent/l) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum vor. Molkereien, die mehr als 20 Prozent Basisprodukte wie Milchpulver oder Butter herstellen, dürfen den Milchpreis zusätzlich senken. Für die Milchbauern kann dieses Abkommen zu einer Milchpreissenkung von bis zu 18 Euro pro 1.000 l (1,8 Cent/l) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum führen. Außerdem einigten sich Molkereiwirtschaft und der Milcherzeugerverband FNPL auf die Einrichtung eines „Rates der Weisen“, der über eine Anpassungspolitik für die Milchwirtschaft nachdenken soll. sk

### Drei Kühe meldeten sich arbeitslos

Die Confédération Paysanne machte im südfranzösischen St. Etienne eine symbolstarke Aktion, um auf die schwierige Lage der Milchviehhalter und das Versagen der Politik hinzuweisen. Sie kritisierte insbesondere die geplante Verordnung zum Quotenhandel, die den Ausstieg aus der Produktion begünstige (siehe Meldung unten). Mit drei Kühen erschienen die Bauern vor dem örtlichen Arbeitsamt und verlangten, ihre Kühe als zukünftig arbeitslos melden zu dürfen. Denn genau darauf liefe es gegenwärtig hinaus. Selbst von offizieller Seite sei zu hören, dass statt der gegenwärtig 110.000 Milchbauern in Zukunft 50.000 ausreichen, um die notwendige Milchmenge zu erzeugen. Die Direktorin des Arbeitsamtes kam bereitwillig vor die Tür, um symbolisch das entsprechende Formular auszufüllen. sk

### Quotenhandel in Frankreich

Im Nachbarland wird eine Verordnung zur „Schaffung eines Programms für die spezifische Übertragung von Milchquoten ohne Boden“ vorbereitet. Die Höhe des Quotenpreises soll gesetzlich anhand von Berechnungsmaßstäben festgelegt werden. Milchviehhalter, die die Milcherzeugung aufgeben, sollen ebenfalls entsprechend der festgesetzten Höhe entschädigt werden. Dieses Programm soll die bereits bestehenden Prämien zur Aufgabe von Milchviehbetrieben ergänzen. sk

## „Gentechnik bald Vergangenheit“

Auf der Jahresversammlung der AbL Bayern Ende Januar gab der Futtermittelhändler und Landwirt Josef Feilmeier der Agro-Gentechnik keine Zukunftschance: „Der Markt wird das regeln, denn im Bereich der Futtermittelindustrie werden die Weichen auf gentechnikfrei gestellt werden“, sagte AbL-Mitglied Feilmeier aus Burgkirchen. Es gebe keinerlei Veranlassung, sich Soja-Futtermittel mit gentechnisch veränderten Bestandteilen „unterjubeln zu lassen“. Auf dem Markt sei reichlich herkömmliches Soja vorhanden. Feilmeier, der das Gastreferat hielt, sah es als wichtig an, Landwirte zu informieren und die kritische Diskussion voranzutreiben. *hn*

## Bauer gegen Schacht Konrad

Walter Traube, Ackerbauer im niedersächsischen Salzgitter, wird sich am 28. Februar und am 1. März im Saal des Lüneburger Oberverwaltungsgerichts (OVG) aufhalten. Dann werden seine Klage und über 280.000 Einwendungen gegen die Genehmigung des ehemaligen Salzbergwerks Schacht Konrad als erstes Endlager für radioaktive Abfälle in Deutschland verhandelt. Vor gut drei Jahren wurde der Planfeststellungsbeschluss gefasst, aber durch die Einwände und Klagen bisher nicht rechtskräftig. Prozessgegner von Landwirt Traube (42 Jahre) ist das Land Niedersachsen, das den Beschluss damals erteilte, als der heutige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel noch Ministerpräsident in Hannover war. Traube will die Einlagerung von Atommüll in 1.000 Meter Tiefe unter seinen Feldern verhindern. „Wer kauft dann noch meine Erdbeeren und Zuckerrüben?“, fragt er im Gespräch mit der *tageszeitung taz*. Dabei geht es ihm nicht nur um die Strahlung aus der Erde, sondern auch um die Abluft. Denn über sogenannte Diffusoren werde der Schacht entlüftet. „Entspricht der Grenzwert, der heute gilt, auch noch in 30 Jahren dem Stand der Forschung?“ will er wissen. Er habe den Hof aus dem Jahr 1864 von seinem Vater bekommen und wolle ihn an seine Kinder weitergeben. Aber mit dem Atommüll würde der Hof erheblich an Wert verlieren, befürchtet er. (Info: [www.ag-schacht-konrad.de](http://www.ag-schacht-konrad.de)) *pm*

## Aktionsbündnis gegen Agrarfabriken

In der letzten Ausgabe der Bauernstimme berichteten wir darüber, wie sich der Ex-Agrarminister Rehmann für die geplanten Mega-Schweineanlagen niederländischer Investoren in Ostdeutschland einsetzt. Der Spiegel hat jetzt noch einmal nachgefasst. Demnach betreut Rehmann sechs Projekte, darunter die 65.000-Schweine-Anlage im brandenburgischen Hassleben. Zu dieser „Betreuung“ gehörten auch Finanzspritzen für eine Initiative, die sich makabrer Weise „Pro-Schwein“ nennt und sich in Hassleben für den Investor van Gennip einsetzt. Deren von Rehmann finanzierte Internetseite verspricht 54 Arbeitsplätze. „Dafür geraten etwa 65 Familienbetriebe unter Druck“, kritisiert Detlev Breuer von der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands die Agrarfabrik-Pläne. In Sachsen-Anhalt wehrt sich jetzt – nach dem Vorbild Mecklenburg-Vorpommerns – ein „Aktionsbündnis für artgerechte Tierhaltung“ gegen Rehmann und seine agrarindustriellen Arbeitgeber. *en*

## Gentechnik-Indoktrinierung in Schulen?

Nachdem in Niedersachsen die Zeitungen der Landwirtschaftskammern mit der Zeitung des niedersächsischen Landvolks (Bauernverband) fusioniert haben, erscheinen darin auch Kommentare der Landvolk-Redakteurin Gabi von der Brelie. Deutlich geprägt vom Filz zwischen Bauernverband und Gentechnik-Konzernen verbreitet sie unter der Überschrift „Aufklären statt polemisieren“ folgendes: Es gebe genügend „wissenschaftlich untermauerte“ Studien, die belegten, dass gentechnisch veränderte Sorten „unbedenklich und sicher“ seien. Bleibt das Problem, dass die große Mehrheit der Verbraucher und Bauern dagegen ist. Auch dafür hat Frau Brelie eine Erklärung parat: den „Polemisierungstrend“ in den Schulen, insbesondere von „grün angehauchten Lehrerinnen und Lehrern“. Denen will Frau Brelie nun – gemeinsam mit Ministerpräsident Wulff – per Lehrplan untersagen, bei der Gentechnik „ein schwer durchdringbares Gefahrenpotenzial“ zu unterrichten und so „Ängste zu schüren“ gegenüber dieser „zukunftsorientierten Technologie“... *gf*

Kurzes am Rande

## Neuer Bayern-Vorstand



Die Landesversammlung der AbL Bayern wählte am 29. Januar einen neuen Landesvorstand: (von links nach rechts) Wolfgang König (Stellv. Vorsitzender), Hans Neumeier (neuer Geschäftsführer), Sepp Bichler (Vorsitzender), Franz Schiefer (Beisitzer), Edith Lirsch (Vorsitzende), Marianne van Putten (Beisitzerin), Maria Walch (neue Stellv. Vorsitzende), Irmgard Sonner (Finanzen), Konrad Schützeneder (Beisitzer), Andrea Eiter (Schriftführerin). Nicht im Bild: Josef Schmid (Beisitzer). Foto: Eiter

## Biogas für bäuerliche Wertschöpfung

„Chancen für viele Landwirte“  
Mitgliederversammlung der AbL Sachsen/Thüringen

Die Energiegewinnung aus Biogas hat in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt. Sie bietet kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetrieben auch zur Schaffung von Einkommensalternativen vielfältige Chancen und Möglichkeiten. Nicht zuletzt wird durch die Erzeugung von Bioenergie auch ein Beitrag zum Kli-

einer gemeinsamen Anlage durch mehrere Landwirte einer Region“, erläuterte Gottfried. Ein Patentrezept könne es allerdings nicht geben, jeder Betrieb müsse gesondert betrachtet werden.

Sepp Bichler, bayrischer AbL-Landesvorsitzender, berichtete anschließend über seine Erfahrungen als Energieberater. Er warnte

zwar davor, bei einer Entscheidung für eine Biogasanlage den Arbeitsinsatz zu unterschätzen, machte aber gleichzeitig Mut, neue Wege zu gehen. Mit der Bioenergie bekomme der Landwirt nicht nur die Möglichkeit für ein zusätzliches Einkommen, sondern könne außerdem seine Rolle in der Wertschöpfungskette stärken. Auf keinen Fall sollten sich die Landwirte nur zum „Holzsammler“ degradieren lassen, wie Bichler die reinen Rohstofflieferanten nannte. Er plädierte für eine aktive Rolle der



Agnes Mocha und Jörg Klemm, die Landesvorsitzenden der AbL Sachsen/Thüringen)

schutz geleistet. Zu diesem Resümee sind die Anwesenden der diesjährigen Winterversammlung des AbL-Landesverbandes Sachsen/Thüringen am 4. Februar 2006 in der Bergstadt Freiberg gekommen.

Der Biogasanlagen-Planer Hans-Peter Gottfried von der „eutec Ingenieure GbR Dresden“ referierte anhand des Leitfadens Biogas, den er im Rahmen eines Leitfadens aktiv-Projektes für die Region Osterzgebirge / Sächsische Schweiz erarbeitet hat, was bei Planung und Bau zu beachten ist. „Im Falle der Biogaserzeugung durch kleine und mittlere Betriebe lohne sich vor allem der Bau

Landwirte als Land- und Energiewirte durch eigene Strom- bzw. Wärmezeugung und Vermarktung der Bioenergie.

Nicht nur über Biogas wurde in Freiberg diskutiert. Die AbL-Mitglieder berieten gemeinsam mit AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen auch über die geplanten Aktivitäten und Schwerpunkte für das Jahr 2006. Besonders die Verbindung zur AbL in Bayern solle gestärkt werden. Dazu wurde eine gemeinsame Sitzung der Landesvorstände für Ende März verabredet.

*Andrea Schubert und  
Christoph Moormann*



### Betriebsspiegel

70 ha, davon 25 ha Ackerland,  
45 ha Grünland  
40 Muttersauen, 270 Mastplätze  
(Neuland)  
230 KW Biogas, 20 KW Photovoltaik  
Betrieb liegt im Wendland in der  
Elbtalaue

Seit letztem Jahr gehöre auch ich zu den Bauern, die ihr Geld teilweise mit der Erzeugung von elektrischer Energie verdienen wollen, mit all den Problemen, die dazu gehören. So musste auch ich eines Samstagmorgens feststellen, dass die Suppe in meinem Fermenter so dick geworden war, dass mein Großrührwerk namens Biobull den Dienst quittierte. Nun besaß ich meine erste knapp einen Meter dicke Schwimmdecke. Ich versuchte, die Schwimmschicht mit dem zweiten

Rührwerk, einem Tauchpropeller, wegzubekommen, und ließ es im Dauerbetrieb laufen. Mit fröhlicher Zuversicht schaute ich am Nachmittag in den Fermenter und war mir sicher, dass die Hälfte der 150 m<sup>2</sup> großen Schicht aufgerührt sein würde. Es war noch nicht einmal ein Quadratmeter aufgerührt. Der Motor rührte, und die Schwimmdecke war mittlerweile auf 1,5 m Dicke angewachsen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte ich eine Besichtigung von einem Biogasbetreiber, der schon einige Jahre eine Anlage betreibt. „Na, da braucht ihr wohl bis morgen Abend, bis ihr den wieder frei habt“, meinte der erfahrene Berufskollege. „Quatsch“, meinte ich, „den haben wir heute Abend wieder frei, ich will noch auf `ne Party!“ Vorsorglich

hatte ich jedoch schon meinen Mitarbeiter Jörg, einen recht talentierten „Wossi“, herbeordert, der eigentlich Wochenende hatte.

Ich hatte mittlerweile mehrere Ideen, von denen die ersten fünf jedoch kläglich fehlschlagen. Aber das Verdünnen der Schwimmdecke mit ausgefalttem Substrat, gepumpt durch Feuerwehr B-Schläuche, schien langsam Erfolg zu haben. Jetzt konnten wir durch die Bullaugen sehen, wie die großen Placken vom Tauchpropeller wieder in die flüssige Phase verwandelt wurden. So rührten und pumpen und pumpen und rührten wir, bis die Sonne gegen 23 Uhr unterging. Der Behälter war noch nicht einmal zu einem Viertel aufgerührt.

Mittlerweile hatte Jörg, mit etwas Improvisationstalent (wie früher im

„Osten“ üblich), Lanzen gebaut, mit denen wir die dünne Gülle aus dem Nachgärer auf die Schwimmdecke feuern konnten. Nach einigen spritzigen Momenten trugen wir olivgrün. Es brachte sogar einen kleinen Fortschritt. Dennoch ging die Sonne gegen halb fünf in unserem Beisein wieder auf. Die Hälfte war noch nicht geschafft.

„Was für ein schöner Sonnenaufgang“, meinte Jörg, der sonst eigentlich weit nach Sonnenaufgang aufsteht, und ich dachte nur: „Genau so stell’ ich mir eine romantische Nacht in der Elbtalaue vor, warm, mit schönem Sonnenuntergang und einem ebenso farbenprächtigen Sonnenaufgang, und nebenbei rühren Jörg und ich den Fermenter auf.“

Gegen sieben Uhr hatten wir kein Gas mehr unter der Folie. Als wir nun die Motoren ausschalteten, wechselte die Hochspannungsleitung ihre Farbe von „grün“ in „gelb“. Der Atomstrom aus Krümmel konnte sich wieder breit machen. Was für eine Blamage für uns, wo wir den Polizisten beim nächsten Castortransport auf die immer wiederkehrende blöde Bemerkung „bei euch kommt der Strom auch aus der Steckdose“ erwidern wollten: „Jawohl, aber der ist grün und wird aus Mist hergestellt, und mit dem Abfall düngen wir unsere Felder, ohne 25.000 Polizisten Begleitschutz“.

Es sollte wirklich bis Sonntagabend 23 Uhr dauern, bis wir den Biobull wieder starten konnten, um den Rest der Schwimmdecke zu vernichten. Am Montagmorgen liefen beide Motoren wieder. Krümmel konnte wieder vom Netz gehen.

Martin Schulz

## Romantik in der Elbtalaue

Wie kommt denn der ganze Mist da rein?“, fragte mich eine Bekannte und deutete in unseren Stall. Wir liefen gerade unseren Futtertisch entlang und wurden von unseren Kühen, selbstzufrieden wiederkauend, begleitet. Nur ein Tier hatte sich gerade erhoben, rülpste laut und setzte platschend einen Kothaufen ab. „So“, sagte ich. Aus unserem Festmiststall holen wir jedes Jahr Berge von Mist. Schwarz glänzend ruhen sie dann noch hinterm Stall und harren ihrer Bestimmung entgegen.

Mein Mann ist damit sehr zufrieden. Vor unserem Umbau waren alle Tiere im klassischen Anbindestall untergebracht. Von Beginn an machten die Güllekanäle Probleme. Regelmäßig, aber in unkalkulierbaren Abständen verstopften Rohre, und die Jungtiere empfangen uns mit wütendem Gemühe am Morgen, bis zu den Fesselgelenken in der Sch... Mein Mann stöhnte laut und verbrachte den Vormittag mit einem Hochdruckreiniger und sechs aufgeschreckten Kalbinnen in einer Jungtierbox. Güllebestäubt kam er später ins Haus, nun war die Reihe an mir, laut zu stöhnen. „Nie wieder Güllekanal“, hieß also die Losung und führte unseren Umbauschnurstracks zum Festmiststall.

Tja, und um den ganzen Mist beneide ich ihn nun wirklich. Das heißt: mehr um die Eigenschaften, die der Mist in der Landwirtschaft so an den Tag legt. Bringt man ihn einmal aus, kümmern sich sofort Hunderttausende fleißige Lebewesen darum, räumen ihn von der Oberfläche, und danach ist die Wiese satt und sauber. Find’ ich toll. In meinem Arbeitsbereich verhält es sich genau andersrum, wenn alle im Haus ihren Mist liegen lassen, kümmert sich niemand darum, und es schaut kein bisschen sauber aus. Furchtbar statt frucht-



## Vom Ausmisten

bar! Das Allerschlimmste sind die Ansammlungen von Mist, die sich am liebsten hinter Treppenwinkeln, auf oberen Regalbrettern und zwischen Möbelstücken verbergen.

Nach der Lektüre eines Feng Shui-Buches, dem zufolge die Zukunftsaussichten eines Hauses dem Dachboden desselbigen zugeordnet sind, lugte ich vorsichtig durch unsere oberste Tür. Um Himmels willen, hier war ja alles zu! Verschiedenste landwirtschaftliche Geräte aus einem Jahrhundert, unfertige Handarbeitshausaufgaben, ausrangiertes Geschirr, eingetrocknete Baustoffe, vierzigjährige Gardinen, verblichene Heiligenbilder und vergessene Bücher, Lederhosen, Getreidesäcke, Rechnungen, löchriges Email ... Ach, könnte ich doch auch das alles flächig ausbreiten und darauf warten, dass sich winzig

kleine, fleißige Lebewesen darum kümmern, und in ein paar Wochen wäre dann alles weg!

Es half alles nichts, in mühevoller Kleinarbeit begann ich mich durchzukämpfen. Was an kaputten und abscheulichen Dingen vorhanden war, warfen wir zwei Stockwerke tief in unseren Kipper. Wir füllten ihn zweimal, dann mussten wir aufhören, denn der Staub vernebelte uns die Sicht. Bei dem verbliebenen Rest wurde es schwierig. Einige Dinge erwiesen sich als recht fruchtbar. Alte Emailleschlüssel brachten die Augen unserer Freunde zum Leuchten, Omas Kinderbett ist ein prima Spielzeugkorb, alte Flaschen und Nachtkästchen fanden begeisterte Abnehmer, und Großtantes Einmachdosen stehen nun bei mir im Regal. Im Dachboden ist nun endlich Platz für unsere Siebensachen: Weihn-

achtsschmuck, Kinderschuhe, Faschingskleider, Badesachen... aber ich habe mir bei Feng Shui geschworen, regelmäßig auszumisten. Es ist ein gängiger Irrtum, auf einem Bauernhof sei viel Platz. Sollte mal jemand wieder irgendeinen Mist bei uns unterstellen wollen, werde ich sagen: „Tut mir leid, hier geht es nicht, denn genau hier liegt unsere Zukunft.“

Maria Willeit

### Betriebsspiegel

Mein Mann und ich bewirtschaften unseren im Voralpenland gelegenen Milchviehbetrieb mit 45 Kühen und Nachzucht.  
50 ha, davon 30 ha Grünland,  
20 ha Acker/Futterbau sowie 3 ha Wald.

# Schafe und Ziegen gesund erhalten

Großer Andrang einer Tagung zeigt Interesse daran, Krankheiten vorzubeugen

**K**ranke Schafe und Ziegen bevölkerten Anfang Januar die Klinik für kleine Klautiere der Tierärztlichen Hochschule in Hannover. Die Tiere zeigten eine Vielfalt an Krankheitserscheinungen, wie sie selbst für diesen Ort ungewöhnlich ist. Ziel des Auftriebs war, den Teilnehmern der Fortbildung für Schaf- und Ziegenhalter „Tiergesundheit erhalten und vorbeugen“, die im Rahmen des Bundesprogramms



Unter Anleitung gegen Moderhinke Hand anlegen, auch das konnten die Teilnehmer.  
Foto: Lehmann

Weitere Informationen:  
[http://www.bundesprogramm-oekolandbau.de/projekt\\_03oe458.html](http://www.bundesprogramm-oekolandbau.de/projekt_03oe458.html).  
Hygieneleitlinie unter:  
<http://www.tiho-hannover.de/einricht/klklkl/for-schung/projtier.htm>

Ökologischer Landbau durchgeführt wurde, typische Krankheitsbilder am lebenden Tier zu zeigen. Die Tagung stieß nicht nur bei ökologisch wirtschaftenden, sondern auch bei konventionellen Schaf- und Ziegenhaltern auf großes Interesse.

## Symptome oft unspezifisch

Schon während des theoretischen Teils, doch noch mehr bei den praktischen Übungen im Stall mussten die Tierhalter erkennen, dass viele Krankheits-Symptome so unspezifisch sind, dass eine Eigendiagnose oft kaum möglich ist. Das bestätigten auch die begleitenden Profis. Wichtig sei aber, dass die Schaf- und Ziegenhalter ein Bewusstsein für Tiere bekämen, die kümmern oder erste Krankheitssymptome zeigen. Keine leichte Aufgabe, denn längst nicht jedes Tier, dass der Tierhalter für gesund

hält, ist dies auch. Prof. Martin Ganter von der Klinik für kleine Klautiere der Tierärztlichen Hochschule und als einziger Professor in Deutschland für die Gesundheit dieser Tiergruppe zuständig, betonte in seinem Vortrag, dass sich die Symptome bei chronisch verlaufenden Infektionskrankheiten häufig so langsam entwickeln, dass sie den Tierhaltern im täglichen Umgang mit den Tieren gar nicht auffallen.

Zudem würden solche Krankheiten wie Maedi, CAE, Para- und Pseudotuberkulose mitunter fälschlicherweise als „normal“ interpretiert. Erst weiterführende Untersuchungen, Besuche von betriebsfremden Personen, die den Bestand objektiv beurteilen, vor allem aber auch eine genaue Dokumentation über Verlusten und Leistungen könnten die latent vorhandenen Probleme aufdecken.

## Wirtschaftliche Einbußen

Die nicht erkannte Minderleistung könne durchaus von wirtschaftlicher Bedeutung sein, so Ganter: „In den intensiv bewirtschafteten Ziegenherden in den Niederlanden geht man davon aus, dass jede der drei chronischen Infektionskrankheiten CAE, Pseudo- und Paratuberkulose für sich allein zu Produktionsminderungen von zwanzig Prozent führt.“ Für die systematische und gezielte Überwachung der Tiergesundheit hat Prof. Ganter zusammen mit Veterinärin a.D. Peters eine Hygieneleitlinie entwickelt, in der unter anderem eine Reihe von Untersuchungen empfohlen werden, die in spezifischen Abständen durchgeführt werden sollten. „Damit soll der Tierhalter in die Lage versetzt werden, strategische Entscheidungen für die Zukunft der Herde zu treffen.“ Ganter schlägt vor, aus der vorgelegten Leitlinie „einen spezifisch auf die Herde zugeschnittenen Hygiene- und Gesundheitsplan“ zu erstellen.

## Vorbeugung

Einige Tipps zur Vorbeugung, die Prof. Ganter und seine Kollegin Dr. Esther Human-Ziehank im Laufe der Veranstaltung gaben, lassen sich leicht durchführen: So sind manche Ernährungsstörungen schon dadurch vermeidbar, dass den Tieren jedes Mal vor dem Kraftfutter Heu gefüttert wird. Böcken, die im Vergleich zu weiblichen Tieren durch die Bildung von Harnsteinen besonders gefährdet sind, kann man etwa ein Prozent Kochsalz ins Futter mischen – dann trinken die Tiere mehr und das schmerzhafteste Problem entsteht gar nicht erst.

Weniger schnell kann dagegen eine weitere Krankheitsquelle, die Über- oder Unterversorgung mit Spurenelementen, ausgeschlossen werden. Doch der Mangel an Selen, Vi-

tamin E und Zink spielt, wie Dr. Human-Ziehank anhand von Untersuchungen von „Kümmern“ in ihrem Vortrag ausführte, sowohl in der ökologischen wie in der konventionellen Haltung von kleinen Wiederkäuern eine große Rolle. Weitere besonders wichtige Elemente für die Gesundheit von Schafen und Ziegen sind Eisen, Mangan, Kupfer, Molybdän, Kobalt und Jod. Dabei kann auch die Überversorgung mit einzelnen Stoffen ein Problem sein. So kommt es neben dem häufigeren Kupfermangel auch zu Kupfervergiftungen. Gründe hierfür können neben Futterfehlmischungen auch Kupferleitungen zur Wasserzuführung oder Biertreber sein, der aus neuen Kupferkesseln kommt.

## Spurenelemente

Wegen der unspezifischen Symptome hilft in der Regel nur eine eingehende Untersuchung kümmernder Tiere (Laboranalysen von Blut, Wolle bzw. Haaren oder Organen). Einflussfaktoren für die potenzielle Verfügbarkeit der Spurenelemente sind zum Beispiel die Mineralzusammensetzung des Bodens und die Löslichkeit der einzelnen Stoffe darin, die Pflanzensammensetzung oder die Jahreszeit.

Sylvia Kratz von der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig führte aus, dass sowohl die Entwicklung der einzelnen Pflanze als auch die des Bestandes relevant sind: Wenn der Anteil des Stängels im Vergleich zu den Blättern allmählich abnimmt, verdünnen sich die enthaltenen Spurenelemente ebenso wie beim zweiten oder dritten Grünschnitt. Zwei typische Weidepflanzen, Deutsches Weidelgras und Rotklee, weisen generell geringere Gehalte an Mangan, Zink, Kupfer und Jod auf, als für die Versorgung von Ziegen empfehlenswert sei, so Kratz. Da im ökologischen Landbau die Düngung mit schnelllöslichem Mineraldünger nur in Ausnahmefällen erlaubt ist (und das Problem damit auch längst nicht immer gelöst wird), ist es nötig, den Bedarf von Schafen und Ziegen, der sich teilweise deutlich von dem der Rinder unterscheidet, anderweitig zu decken, z.B. mit dem Vorlegen von Laub. Kratz: „Schafe können bis zu 20 Prozent, Ziegen sogar bis zu 60 Prozent ihres Futterbedarfes durch Laub und frische Triebe decken.“ Über die Laubaufnahme werde insbesondere bei den Elementen Eisen, Mangan und Kupfer ein nicht unerheblicher Teil des Spurenelementbedarfs gedeckt. Ob der Zugang zu Laub und frischen Trieben betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, wird dabei allerdings von der jeweiligen Betriebsstruktur abhängen.



# Europa will mehr Energie aus Biomasse

In ihrem Aktionsplan Biomasse setzt die EU-Kommission bei Treibstoffen auf Beimischungszwang statt Steuerbefreiung. EEG wird gelobt

Im Dezember legte die EU-Kommission ihren Biomasseaktionsplan sowie Ende Februar ihre Strategie für Biokraftstoffe vor. Mit dem bisher Erreichten kann die EU in der Tat nicht zufrieden sein. Vom selbst gesteckten Ziel, im Jahr 2005 2 % und 2010 dann 5,75 % des Treibstoffes auf Biomassebasis umgestellt zu haben, ist die EU weit entfernt. Gerade mal 0,8 % Biotreibstoff sind es 2004. Alle, die in diesen jungen Zweig investiert haben, sorgen sich aktuell, dass sich nach der Bundesregierung nun auch die EU-Kommission von

stellung auf Erneuerbare Energieträger eignen. Hier sollte die EU einen festen Teil der Strukturfondmittel zur Förderung der Biomasse einplanen.

Wie groß das nicht genutzte Biomaspotenzial ist, wird an der Zahl deutlich, dass 35 % des Holzes (ohne Naturschutzgebiete und Restholz) in der EU ungenutzt in den Wäldern liegen bleibt. Der Biomasseaktionsplan schlägt leider nicht vor, im Wärmebereich mit Bonusystemen zu arbeiten, die fossile Brennstoffnutzer belasten und die Nutzer regenerativer Energien begünstigen. So

erneuerbare Energien im Strombereich die EU-Kommission das EEG als außerordentlich effizient und kostengünstig herausstellt. Nicht umsonst ist es inzwischen in über 30 Ländern weltweit kopiert worden.

## Kraftstoffe

Kraftstoffe machen 30 % des Energieverbrauchs aus, bei einer fast vollständigen Importabhängigkeit. Auch wenn hier optimistischste Prognosen von einer Deckung des Bedarfs von 30 Prozent aus Biomasse ausgehen, so wird hier besonders deutlich, dass dies nur gehen kann mit den Biotreibstoffen der zweiten Generation, den synthetischen BTL (biomass to liquid = Verflüssigung von Biomasse). Doch keiner weiß, wann sie in größeren Mengen marktfähig sind. Es geht also auch bei einem verstärkten Einsatz von Biomasse nicht ohne massive Verbesserung der Energienutzung, dem Energiesparen und um eine ganz neue Dimension der Effizienz in den Verkehrssystemen. Auch wenn die Autoindustrie, nachdem sie bisher bereits ihre Selbstverpflichtungen für Energie- und Schadstoffreduktion nicht eingehalten hat, jetzt mit dem Angebot nach vorne prescht, Fahrzeuge für 10 % Beimischung zu bauen, darf das nicht davon ablenken, dass es nach wie vor überfällig ist, auch die anderen Ziele aus ihrer alten Selbstverpflichtung zu erfüllen.

Um das Ziel von 5,7 % Biosprit bis 2010 zu erreichen, werden unter heutigen Voraussetzungen 20 % der landwirtschaftlichen Flächen in Europa benötigt. Fläche kann natürlich nur einmal für eine Nutzung verplant werden. Das heißt, eine vermehrte Rohstoffnutzung von Biomasse in Europa muss verstärkt auf die Nutzung von lignuzellulosehaltigen Stoffen setzen: Gräser, Zwischenfrüchte, Stroh, Holz. Hier gibt es, wie in allen Bereichen der Biomassenutzung, einen gravierenden Rückstand in den Aufschluss- und Verarbeitungstechnologien. Nicht so sehr der Rohstoff, sondern die Technik ist knapp.

Nachdem im 6. Forschungsrahmenprogramm die Biomassenutzung eine sehr geringe Rolle gespielt hat, zieht die EU-Kommission nun die Konsequenz und will ins kommende 7. Programm mehr Mittel einstellen. Da aber, wie bei der ländlichen Entwicklung auch, bei der Forschung gekürzt wurde, ist offen, was bleibt.

Beseitigt werden sollen aber die technischen Hemmnisse und Diskriminierungen beim Einsatz des Biotreibstoffes. Sollte die EU das Ziel verfolgen: weg vom Instrument der Steuerbefreiung für

Biotreibstoffe hin zu festen Beimischungsquoten, dann wäre das das Aus für viele Projekte. Steuerbefreiung begünstigt gerade regional angepasste Vielfalt und kurze Wege. Fällt die Steuerbefreiung, würden die getätigten Investitionen den Mineralölkonzernen serviert. Hier vergisst kurzfristiger Spareifer der Finanzminister die volkswirtschaftlichen Folgekosten durch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Ausweg beim Beimischungszwang könnte nur ein handelbares Quotensystem sein (Stichwort Emissionshandel), das sichere Konditionen für inländische Erzeuger gibt. Die Verwaltung lässt grüßen.

## Importe regeln

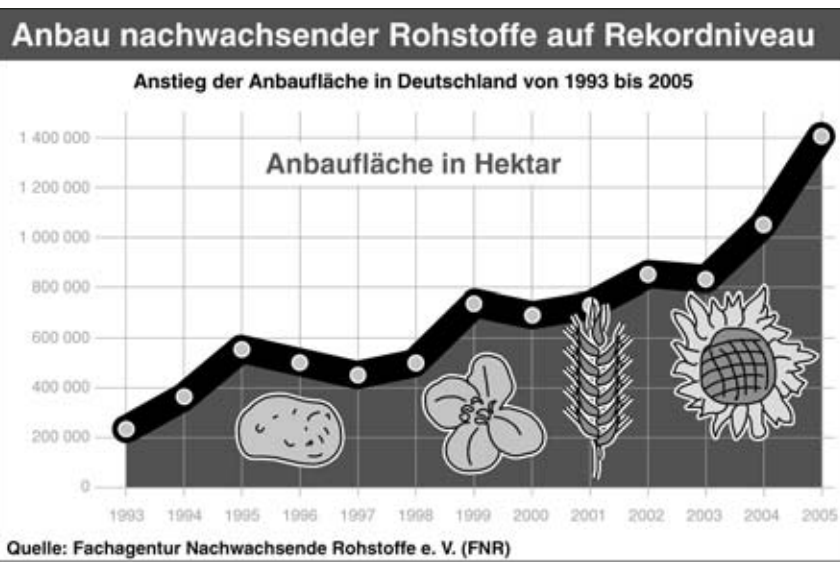
Mit Nachhaltigkeitsstandards will die Kommission die Herkünfte der Biokraftstoffe absichern. Dies ist besonders bedeutend, weil die Kommission die Importmöglichkeiten für Biosprit und seine Rohstoffe ausdehnen will. Kommissarin Fischer-Boel spricht hier von einem ausgeglichenen Ansatz. Sollte es ausgerechnet hier möglich werden, dass wir einen qualifizierten Marktzugang bekommen? Da Palmöl derzeit die billigste Form des Biodiesels ist, hat die Regierung in Djakarta bei den Weltmarkterwartungen gerade zusätzliche 3 Mio. ha Regenwald zur Abholzung für Palmölplantagen freigegeben. Hier wird die Klimabilanz erstmal für 30 bis 50 Jahre negativ. Und für Europa heißt das: billige Importkonkurrenz für die eigenen Biotreibstoffe und ein nachlassendes Interesse an Energie-Effizienz und Entwicklung der zweiten Generation der Biotreibstoffe.

Wird die Sicherung unserer Energiebasis dann die Nahrungsmittelherzeugung zurückdrängen? Werden Akkreditierungssysteme ausreichen, Ernährungssouveränität in den Ländern sicherzustellen, die sozialen Bedingungen zu stabilisieren und der Umweltzerstörung Einhalt zu bieten?

Die Kommission will in ihrem Strategiepapier ein Energieförderpaket für jene Entwicklungsländer zusammenstellen, die den oben geforderten gesetzlichen Rahmen schaffen. Der Sprit soll dann überwiegend auch im eigenen Land verwertet werden. Liest sich alles gut; doch noch fehlt der Glaube an die Kraft der Umsetzung im Geflecht der europäischen Politik- und Unternehmensinteressen.

Bernd Voß

Stellv. AbL-Vorsitzender u. Berichterstatter für nachwachsende Rohstoffe im EU Wirtschafts- u. Sozialausschuss



Auf mehr als 1,4 Millionen Hektar oder 12 Prozent der gesamten Ackerfläche in Deutschland wachsen Industrie- und Energiepflanzen. Raps für Biodiesel macht den größten Anteil aus.

der Steuerbefreiung als Maßnahme zur Markteinführung verabschieden und auf Beimischungszwang für Biotreibstoffe setzen will.

Im Biomasseaktionsplan sind mehr als 20 Maßnahmen für die Bereiche Wärme, Kraftstoffe und Strom vorgesehen. Nach Einschätzung der EU-Kommission wird es „mindestens bis 2010 keinen nennenswerten Wettbewerb um Rohstoffe geben: Biokraftstoffe werden aus Agrikulturpflanzen gewonnen, während sich Strom- und Wärmeerzeugung vorwiegend auf Holz und Abfälle stützen“.

## Wärmebereich

Die Hälfte des Primärenergieverbrauchs ist Wärme. Auffallend gering ist hier die Zunahme der Biomasse. Die EU-Kommission will eine Reihe von Einzelmaßnahmen prüfen, plant u. a., die Gebäudeeffizienzrichtlinie zu ändern, um Anreize zur effizienteren Energienutzung zu geben. In der Fernwärmenutzung hat sie erkannt, wie defizitär die Entwicklung gerade in den alten EU-Ländern ist. Nur 56 Mio. EU-Bürger, 61 % davon in den neuen Beitrittsländern, sind an diese Netze angeschlossen, die sich am einfachsten für eine schnelle Um-

könnte durch mehr Verlässlichkeit, ähnlich wie beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Strom, eine völlig neue Investitionsdynamik und der Durchbruch von Technologien mit weltweitem Bedarf entstehen, hin zu einer Rohstoffwende.

Gerade für ländliche Räume bietet die Nutzung der verschiedenen Biomasseformen für Wärme Perspektiven für Arbeitsplätze und für eine Wertschöpfung, die in der Region bleibt.

## Elektrischer Strom

Elektrische Energie umfasst 20 % des Primärenergieverbrauchs. Wenn man aber sieht, welche Kraftwerkskapazitäten in den nächsten 20 Jahren ersetzt werden müssen, ist es entscheidend, ob weiter zentral in große Kraftwerksblöcke investiert wird oder dezentral in Blockheiztechnik und regenerative Nutzungen. Die EU-Kommission sieht zwar, dass hier Biomasse mehr zum Einsatz kommen muss, um die Zielvorgaben der Mitgliedstaaten bis 2010 zu erfüllen. Sie setzt aber auf Kraftwärmekopplung und ist verhalten hinsichtlich weiterer Ziele. Interessant ist, dass im Ländervergleich der Einführungs-systeme für



## Bewegung, auf die es ankommt

Anmerkungen zu 30 Jahre Bauernstimme und Abl

Sie sind der Motor gesellschaftlichen und politischen Wandels: so genannte „soziale Bewegungen“ wie beispielsweise die Umweltbewegung, die Anti-Atomkraft-, Öko-, Frauen- und Friedensbewegung. Heute sind zudem Schwerpunkte das Eintreten für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Ernährung sowie die Kritik an der Globalisierung.

Teil dieser sozialen Bewegungen sind auch die Bauern und Bäuerinnen, die vor nunmehr 30 Jahren eine eigene Zeitung, damals das Bauernblatt, heute die Unabhängige Bauernstimme, herausgebracht und gefüllt haben, und die daraus entstandene Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die Abl. Angetreten sind sie unter anderem, um „von oben Vorgesetztes und Verordnetes kritisch zu hinterfragen, es an der eigenen Praxis und den eigenen Erfahrungen als Bauer und Bäuerin zu messen und notfalls zu widersprechen, eigene Vorschläge zu entwickeln und ihre eigene Politik zu machen“. Angetreten in einer Zeit, da landwirtschaftliche Themen in der (medialen) Öffentlichkeit keine Rolle spielten. Und wo sie es doch taten, da wurden sie von einem scheinbar „übermächtigen“ Bauernverband (DBV) abgedeckt, dessen Alleinvertretungsanspruch bis dahin von kaum einer Seite in Zweifel gezogen wurde. Nun wurde erstmals dem DBV-Leitbild des Bauern als Unternehmer selbstbewusst und öffentlich das eigene entgegengesetzt: Der Bauer ist Bauer!

### Sich bewegen

„Bauernblatt – eine Zeitung von Bauern für Bauern, herausgegeben vom Arbeitskreis Junger Landwirte, März 1976“ im baden-württembergischen Mötzingen/Bondorf. So kam sie daher, die „Nummer 1“, die erste Ausgabe der heutigen Nummer 287 der „Unabhän-

gigen Bauernstimme – Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern“, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V. Dazwischen liegen 30 Jahre, in denen aus einem regionalen, „losen“ Arbeitskreis ein bundesweiter Verein mit „festen“ Strukturen wurde, in denen nicht nur in der Bauernstimme-Redaktion der PC die Schreibmaschine (die auch zur Erfassung der noch zahlreich handschriftlich abgefassten Beiträge diente) verdrängt hat und das Ehrenamt Unterstützung durch einige wenige hauptamtliche Kräfte erhielt. In den 30 Jahren haben sich die Arbeitsfelder und auch die Arbeitsweise zum Teil deutlich verändert, nicht wenig hat sich bewährt.

### Eigene Themen

Die Themen der ersten Zeitungsausgaben setzten an der unmittelbaren Situation auf den Höfen derer an, die sich im Arbeitskreis Junger Landwirte trafen: Das Aufdecken eines gigantischen Milchpulverschwindels, der die Milchpreise der Bauern drückte; Braugerste, die zu billig bezahlt werden sollte, weshalb im baden-württembergischen Gäu die Bauern aufgerufen wurden, die Gerste zurück zu halten – das klappte, der Preis stieg; oder die Apfeleraktion, wo eine Apfelschwemme nicht vernichtet, sondern in der Stadt und vor den Stuttgarter Werkstoren an Verbraucherinnen und Verbraucher verteilt wurde – nicht zuletzt, um ins direkte Gespräch zu kommen. Das waren Aktionen und Themen, die in der vom Bauernverband dominierten „Fachpresse“ nicht auftauchten, aber im neuen Bauernblatt standen. Zentrale Inhalte waren der „gerechte Preis“ und das Verhalten der so genannten „Partner“ der Bauern, insbesondere der Genossenschaften. Aus einem „normalen“ Arbeitskreis-Treffen wurde eine Veranstaltung mit 120 Bauern, die auch

Presse, Funk und Fernsehen auf den Plan rief. Für sie waren die „Bauernversammlungen jenseits des DBV“ neu, und sie berichteten ausführlich. Das brachte der noch kleinen Bewegung eine große öffentliche Resonanz und erzeugte so den für soziale Bewegungen zur Erringung von Erfolgen notwendigen Druck auf die vermeintlichen „Partner“, so dass es zu ersten Erfolgen kam.

### Erfolge und Isolation

„20 Bauern und 2 Rote haben in einem halben Jahr mehr für die Bauern erreicht als der Bauernverband in zehn Jahren“, kommentiert ein Bauer auf einer der Versammlungen. Mit der Bemerkung „2 Rote“ weist er auf einen Sachverhalt hin, mit dem sich „kritische Bauernstimmen“ immer wieder konfrontiert sahen: Sie wurden verunglimpft und verleumdet – in diesem Fall zunächst als „Rote“ oder Kommunisten, später häufig beispielsweise als „grüne Spinner“. Das öffentliche Bekenntnis zum Arbeitskreis, zur Bauernopposition war „oft ein Schritt in die Isolation im Dorf, im Zuchtverband, in der Feuerwehr, in der Genossenschaft“, wie ein Jungbauer es ausdrückte.

### Bewegung in Bewegung

Die ersten Erfolge und die Herausgabe der eigenen Zeitung führten zur Gründung weiterer Arbeitskreise (AKs) in anderen Bundesländern und letztendlich auch zur Gründung der bundesweit agierenden Abl. Die in den AKs diskutierten Themen, die weiterhin in erster Linie unmittelbar an der Situation der Höfe anknüpften (Preise, Verhältnis zur „eigenen“ Genossenschaft etc.), machten in dieser „Zeit des Aufbruchs und der Analyse“ auch den Großteil der Beiträge in der Zeitung aus.

Mit zunehmender Bedeutung und Akzeptanz der Abl in der Bauernschaft,

der Öffentlichkeit, in anderen Organisationen, später in Politik und Ministerien änderten sich auch die Arbeits- und Themenfelder der Abl respektive der Bauernstimme. Die Zeitung wurde von einer „Zeitung für Bauern“ zu einer Stimme, die sich neben den Bauern und Bäuerinnen nun auch an die „breite Öffentlichkeit“ richtet, um ihre bäuerliche Sicht der Agrarzusammenhänge darzulegen. „Leitlinie der Bauernstimme bleibt, die landwirtschaftliche Wachstumsstraße als Sackgasse zu kennzeichnen, die Abkassierer und Wegelagerer ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen und mit neuen Partnern den Weg einer bäuerlichen und umweltgerechten Landwirtschaft zu beschreiten“, hieß es aus Anlass der hundersten Ausgabe der Bauernstimme 1989.

### Bauern und Umwelt

Die Abl wurde zu einer „stabilen Organisation“, die in der Gesellschaft für eine neue Agrarpolitik für bäuerliche Landwirtschaft, für gesunde Lebensmittel sowie für umweltverträgliche Erzeugung steht. Einen besonderen Schwerpunkt bildete auf Bundesebene die Arbeit an Bündnissen (Aachener Erklärung, AgrarBündnis, Neuland, Plattform zur Agrarreform, Gentechnik etc., siehe Seite 13). Ende der 80er Jahre gelang es auf diese Weise in Deutschland, in der veröffentlichten Meinung und in der Politik, einen „verbalen Schwenk in Richtung umweltverträglicher Klein- und Mittelbetriebe“ auszulösen.

Umweltthemen wie der Pflanzenschutzmitteleinsatz in der Landwirtschaft oder eine Stickstoffsteuer, die Aufteilung in Schutz- und Schmutzgebiete, Flurbereinigung oder die Extensivierung füllten in dieser Zeit die Bauernstimme. Es gelang in weiten Kreisen der Bevölkerung, „das Bild von der Landwirtschaft als Umweltzerstörer und Subventions-







Mit Kühen zum Deutschen Bundestag. Drinnen war gerade Agrardebate.

empfänger Nummer eins zu korrigieren“.

Gleichzeitig musste aber auch festgestellt werden, dass soziale Gerechtigkeit für Bauern und Bäuerinnen, ihre soziale Situation, Strukturen und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in der öffentlichen Wahrnehmung nur eine geringe Rolle spielten. Die Gesellschaft blieb die von der AbL geforderte Entscheidung „zwischen einer industrialisierten und einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft“ (zunächst) schuldig.

### Die Gesellschaft bewegt

AbL und Bauernstimme haben in den letzten 30 Jahren in etlichen Bereichen eine Vorreiterrolle eingenommen. Sie plädierten für und arbeiteten an Bündnissen zwischen Gruppen, die sich bis dato eher feindlich gegenüberstanden: Bauern und Naturschützer, Bauern und Tierschützer. Sie propagierten die Idee der Direktvermarktung (u.a. mit dem Ziel, möglichst flächendeckend Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften zu gründen „als eine Hilfe für die kleinen und mittleren Bauernhöfe im Existenzkampf gegen die Agrarindustrie“) und der Regionalentwicklung (um die Wertschöpfung in der Region zu halten) zu einem Zeitpunkt, wo das in keinem anderen landwirtschaftlichen Blatt zu lesen war. Heute küren die Hochglanzagrar-magazine Direktvermarkter wie ganz selbstverständlich zum „Landwirt des Monats“.

Themen wie artgerechte Tierhaltung und umweltverträgliche Landwirtschaft haben die Gesellschaft zu breiter Resonanz und Akzeptanz „bewegt“. Das ha-

ben auch die „Gegner“ sowie die auf Mehrheiten schieflende Politik erkannt und die Sprache und Begriffe der Bewegung oft genug übernommen. Für die Bewegung, für AbL und Bauernstimme ist das zunächst ein Erfolg. Blieb oder bleibt es jedoch bei bloßer „Wir-haben-verstanden“-Rhetorik ohne entsprechendes Handeln, dann wurde und wird auf diese „Mogelpackungen“ hingewiesen.

Die AbL mit ihrem Sprachrohr Unabhängige Bauernstimme hat in den letzten 30 Jahren etwas Besonderes geschafft: Die Interessen von Bauern und Bäuerinnen auszudrücken, ohne sie durch den Filter laufen zu lassen, den die vielfältigsten und engen Verbindungen von Bauernverband und vor- und nachgelagerten „Marktpartnern“ mit sich bringen (die Auseinandersetzung um den Nachbau ist dafür ein besonderes Beispiel), und gleichzeitig offensiv auf andere gesellschaftliche Interessen zuzugehen und Bündnisse mit Verbänden einzugehen, die letztlich von Wünschen oder Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern, also den eigentlichen Kunden, geprägt sind.

Bei zentralen Themen wie beispielsweise dem fortschreitenden Strukturwandel, „fairen Preisen“ oder der sozialen Gerechtigkeit (zum Beispiel bei der Verteilung der EU-Agrarsubventionen), die alle auch schon in den ersten Ausgaben des Bauernblattes auftauchten, bleibt trotzdem noch vieles zu bewegen. Bewegung, auf die es ankommt, sie endet eben nie.

*Friedhelm Stodieck*



Kinder gehören auf AbL-Mitgliederversammlungen immer dabei.

## Ein ganz schön langer Weg

**1973** In Herrenberg in Baden-Württemberg wird der Arbeitskreis Junger Landwirte gegründet, ohne zu ahnen, welche Wellen die Arbeit schlagen würde. Er kümmert sich um Fragen wie: Ist der Bauer ein Unternehmer? Vertritt der DBV eigentlich uns, oder wen? Wohin gehen die Subventionen? Welches Verhältnis besteht zwischen Bauern und Verbrauchern? Die Ergebnisse werden über Flugblätter und die Presse verbreitet und rufen ein großes Echo hervor.

**1974** Erste konkrete erfolgreiche Aktion gegen zu niedrige Braugerstepreise im Gäu. Der DBV distanziert sich von der Aktion und lässt die Bauern im Stich.

**1976** Im März 1976 erste Ausgabe des Bauernblatt

**1977** Der Arbeitskreis deckt einen Millionenschwindel im Futtermittelhandel (Magermilchpulver) auf. Kontakt zu Landjugendgruppen aus Westfalen und Bauern aus Nordhessen

**1980** Ein gemeinsamer Verein wird gegründet.

**1981** ARD zeigt den Film „Drei Bauern unter einem Hut“.

**1983** Das Bauernblatt erscheint nun monatlich. Der Verein nennt sich ab jetzt Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Bauernblatt e.V. (AbL).

**1984** Die „Schutzgemeinschaft gegen die Milchkontingentierung“ wird gegründet. Auf Veranstaltungen werden über 25.000 Bäuerinnen und Bauern erreicht.

**1985** Ein AbL-Geschäftsführer wird eingestellt (Georg Janßen).

**1986** Kundgebung beim Geheimtreffen von Bundesregierung und Bauernverband. Demonstration mit Kühen vor dem Bonner Bundestag; drinnen ist Agrardebate. Beteiligung an der Blockade des Hochtemperatur-Reaktors in Hamm-Uentrop (mittlerweile abgeschaltet)

**1988** Gründung des „Dachverbands der Deutschen Agraropposition“, später AgrarBündnis

**1989** Gründung des NEULAND-Programm für umweltschonende und tiergerechte Haltung

**1990** Autobahnblockaden mit Bauern aus den neuen Ländern gegen Preisverfall und Ausverkauf der Ost-Landwirtschaft

**1993** Gründung der ABL Bauernblatt Verlags-GmbH. Der erste Kritische Agrarbericht erscheint.

**1994** Kampagnenstart für das Verbot des gentechnisch hergestellten Rinderwachstumshormons rBST (noch heute verboten)

**1996** Tagung „Aus der Region für die Region“ in Münster

**1998** Ein breites Bündnis tritt vor der Bundestagswahl für einen Agrarpolitikwechsel ein.

**1999** AbL gründet die „Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren“.

**2000** Stiftung Euronatur und AbL beginnen mit Unterstützung des Umweltbundesamts ein Projekt zur EU-Agrarreform 2007. In Mecklenburg-Vorpommern wird der erste AbL-Landesverband in den neuen Bundesländern gegründet.

**2001** Der AbL-Bundesvorstand legt der neuen Ministerin Künast Vorschläge zur Neuorientierung der Agrarpolitik vor.

**2003** Ein bundesweites Bündnis gegen Gentechnik startet.

**2004** Im ABL-Verlag erscheint „Verliebt Trecker fahren“ von Matthias Stührwoldt. AbL und Germanwatch starten Projekt zur entwicklungspolitischen Neuorientierung der EU-Agrarpolitik, unterstützt vom BMZ.

**2005** Start der Kampagne „Rettet Linda“. AbL richtet Beratungsstelle für gentechnikfreie Regionen ein in Kooperation mit dem BUND und der Uni Bremen, unterstützt vom BfN ...



Auf zum Bundestag!



Innerdeutscher Grenzverkehr



Protest wirkt: AKW stillgelegt.



Lütjen-Milch kennt in Bremen jeder Bio-Kunde.

## Stiftungen

Weiterführende Informationen, Tipps und Hinweise zum Thema Hof-Stiftungen gibt es im Internet zum Beispiel unter [www.wegweiserbuergergesellschaft.de](http://www.wegweiserbuergergesellschaft.de) (Praxishilfen / Stiftungen) oder bei der GLS-Bank: [www.gls-bank.de](http://www.gls-bank.de) (unter „Stiften und Schenken“).

al

# „Grund und Boden muss frei sein“

Die Familie Lütjen hat ihren Hof einer Stiftung überschrieben, damit dort auch in Zukunft Menschen biologisch-dynamisch wirtschaften können

In Bremen und im Bremer Umland sind sie bei allen, die regelmäßig „Bio“ kaufen, bestens bekannt: die berühmten, besonders aromatischen Moor-Möhren vom Lütjen-Hof und die Lütjen-Milch. Seit 1955 wirtschaften Friedel und Mariechen Lütjen biologisch-dynamisch, seit 1963 ist der Hof anerkannter Demeter-Betrieb. Schon in dieser Zeit begannen sie mit der Vermarktung ihrer Produkte nach Bremen, manche Familien kaufen in der dritten Generation bei Lütjens ein.

Die wenigsten Verbraucher (natürlich außer den alten Stamm- und Hofkunden) wissen allerdings, dass es sich beim Lütjen-Hof seit 1994 nicht mehr um einen Familienbetrieb handelt, sondern um Stiftungseigentum, treuhänderisch verwaltet von der Hofgemeinschaft Verlüßmoor e.V.

## Einem Verein übertragen

Schon sehr früh hatte Friedel Lütjen die Vision, dass mehrere selbstständige, eng beieinander liegende Höfe einander zuarbeiten könnten. Im Jahr 1973 ergab sich dazu die erste Gelegenheit. Lütjens konnten Geestflächen eines nur drei Kilometer entfernten Nebenerwerbsbetriebes kaufen, um dort einen Gartenbaubetrieb aufzubauen. Dieser wurde von Mariechen Lütjen geleitet. Sieben Jahre später, im Jahr 1980, stand ein benachbarter Hof zum Verkauf. Friedel Lütjen gründete mit befreundeten Landwirten und Unterstützern aus der Stadt den Verein „Hofgemeinschaft Verlüßmoor e.V.“, der den Hof kaufte. Der Verein über-

gibt den Hof zur Bewirtschaftung an fachkundige Betreiber mit der Auflage, den Vereinszielen zu dienen. Diese sind insbesondere die Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaft, die ökologische Gestaltung und Pflege der Landschaft sowie Jugendpflege und Jugendfürsorge.

1987 wurde die Bewirtschaftung des so genannten Milchhofes, wo Milchproduktion und Weiterverarbeitung stattfinden, dem ältesten Sohn, Johann Lütjen, übergeben.

## Die Lütjen-Stiftung

„Grund und Boden muss frei sein“, sagt Friedel Lütjen. Die aus der anthroposophischen Idee der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ hergeleitete Maxime, dass Grund und Boden keine handelbare Ware, sondern Grundrecht ist, vertritt er noch heute aus tiefstem Herzen.

Wie aber kann man Boden heutzutage so neutralisieren, dass gleichzeitig sichergestellt ist, dass der Hof auch weiterhin erhalten bleibt und engagierten Menschen zur Nutzung zur Verfügung steht? Auch die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise wollte Friedel Lütjen manifestieren. So wurde die Idee einer Stiftung geboren.

Im September 1994 war es soweit: Boden, Gebäude und Inventar des Familienbetriebes wurden der neugegründeten Lütjen-Stiftung übergeben. Die vier Kinder der Lütjens als leibliche Erben verzichteten einvernehmlich auf ihren Anteil.

Dem Stiftungsrat, der sieben Mitglieder zählt, müssen immer vier aktive Haupterwerbslandwirte angehören. Das Stiftungsvermögen wird von dem Verein Hofgemeinschaft Verlüßmoor verwaltet, deren Vorstand die Stiftung auch nach außen vertritt. Verein und Stiftungsrat haben gemeinsam die Aufgabe, geeignete Nutzer für die jeweiligen Betriebe zu finden und mit ihnen Nutzungsverträge abzuschließen.

## Nutzung mit Vertrag

Die Hofgemeinschaft Verlüßmoor e.V. hat heute Verträge mit drei Nutzern: Johann Lütjen leitet den landwirtschaftlichen Betrieb. Er bewirtschaftet mit seinen Mitarbeitern ca. 200 ha Grün- und Ackerland. Die Zahl der Milchkühe wurde auf 50 aufgestockt, denn die Milchvermarktung ist das Herzstück des Betriebes. In der eigenen kleinen Abfüllanlage werden täglich rund 500 Liter Milch eingetütet. Die gesamte Vermarktung erfolgt direkt: Frischmilch und Milchprodukte wie Joghurt, Quark und Gouda. Ein Großteil davon kann im stiftungseigenen Hofladen abgesetzt werden.

An weiterem Tierbestand nebst Nachzucht, Jungvieh und 60 bis 70 Mastschweinen im

Jahr, die alle über den Hofladen vermarktet werden, hält der Betrieb derzeit etwa 300 Hühner. Zwei neue Hühnerställe befinden sich im Bau, so dass die Hühnerzahl bald deutlich ansteigen wird.

Eine junge Gärtnerfamilie hat den Nutzungsvertrag für den Gartenbau übernommen. Sie bauen auf fünf Hektar Geestland Feingemüse und Kräuter an, in Freiland sowie unter Glas und Folie. Das Gemüse wird zu rund einem Drittel im Hofladen vermarktet, der Rest geht an Wiederverkäufer und den Naturkost-Großhandel.

Der dritte Nutzungsvertrag ging erst vor wenigen Monaten an den neuen Inhaber des Hofladens. Der wurde bis letztes Jahr noch von den Eheleuten Lütjen selbst betrieben, die sich inzwischen, mit über 70, auf ihr verdientes Altenteil zurückgezogen haben.

Die Nutzungsverträge werden zwischen dem Verein und den jeweiligen Nutzern geschlossen. Sie legen fest, dass die Nutzer im Sinne der Lütjen-Stiftung wirtschaften müssen. Sofern sie dies tun, dürfen sie frei als Unternehmer schalten und walten, die erwirtschafteten Gewinne stehen ihnen in vollem Umfang zu, eine Pacht ist nicht zu entrichten. Dafür tragen die Nutzer aber auch das Risiko und die Verantwortung. Sie müssen Gebäude und Inventar pflegen und erhalten, größere Umbaumaßnahmen und betriebliche Veränderungen bedürfen der Zustimmung des Stiftungsrates. Die Nutzer dürfen auch ihre Nachfolger bestimmen, solange der Stiftungsrat sein Einverständnis gibt.

## Fazit

Die Lütjen-Stiftung bietet einigen jungen Menschen, die sich der biologisch-dynamischen Landwirtschaft verbunden fühlen, die Möglichkeit, als Nutzer einen Betrieb eigenverantwortlich zu führen. Zugleich sichert sie dem Hof sein Fortbestehen, auch für die nächsten Generationen. Im Fall der Lütjens ist einer der Nutzer der ursprüngliche Hoferbe Johann Lütjen. Dies ist ein (glücklicher) Zufall, aber auch andere Konstellationen sind denkbar.

Die Gründung einer Stiftung bietet Vielen Chancen: den Höfen, den Existenzgründern, der Umwelt und den Menschen in Stadt und Land, die sich in diesem Rahmen engagieren möchten. Bisher ist die Idee selten und fast ausschließlich in Demeter-Kreisen umgesetzt worden – aber das muss ja nicht so bleiben.

Anne Brid Leonhardt

Kontakt: Hof Lütjen, Verlüßmoor 24, 27729 Vollersrode, Tel: 04793-1654, Fax: 04793-3802



Friedel Lütjen hat seinen Hof einer Stiftung überschrieben.

Fotos: Leonhardt



## „Unangemessen hohe Nachbaugebühren“

EuGH-Generalanwalt hält Gebühren von 80 Prozent der Z-Lizenz für überhöht

Damaso Ruiz-Jarabo Colomer hat wieder gesprochen. Der spanische Jurist mit dem klangvollen Namen hat in seiner Funktion als Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) erneut deutliche Worte gefunden. Als „nicht angemessen“ und „überhöht“ bezeichnete er in seinem Schlussantrag zu mehreren Verfahren, die der Bundesgerichtshof (BGH) dem EuGH vorgelegt hat, eine Nachbaugebühr von 80 Prozent der Z-Lizenz. Erstmals ist derzeit das höchste Europäische Gericht in der Pflicht, sich mit der Höhe der Nachbaugebühren auseinander zu setzen.

Der Generalanwalt legte am Ende der Verhandlungen einen Bericht vor, in dem er eine Empfehlung zum Urteil abgibt. Es handelt sich in den laufenden Verfahren um Bauern, die Angaben zu ihrem Nachbau gemacht, aber nicht das Kooperationsabkommen zwischen Bauernverband und Pflanzenzüchtern unterschrieben hatten. Sie wurden von der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) im Rahmen des so genannten „gesetzlichen Verfahrens“ zu der Zahlung von 80 Prozent der Z-Lizenzen aufgefordert.

Die Bauern weigerten sich, diese ihrer Meinung nach zu hohen Nachbaugebühren zu

zahlen. Mit Unterstützung der IG Nachbau ließen sie sich auf die gerichtliche Auseinandersetzung ein. Die ersten Instanzen gaben den Tenor vor, dem nun der EuGH-Generalanwalt folgt. Demnach ist eine Nachbaugebühr von 80 Prozent der Z-Lizenz nicht als „deutlich niedriger“ – so die Formulierung im Gesetzestext – anzusehen. Die STV ging in Berufung bis hin zum BGH, der die entscheidenden Fragen dem EuGH vorlegte: Höhe einer angemessenen Gebühr und Wirksamkeit des Kooperationsabkommens auch im gesetzlichen Verfahren.

Fast philosophisch mutet nun die Begründung des Generalanwalts an: „Meiner Ansicht nach sind noch weitere Umstände zu berücksichtigen. So verliert ein Rabatt von 20 Prozent – selbst wenn er im Geschäftsleben als großzügig erscheinen mag – an Bedeutung im Rahmen der Ausnahmeregelung, die für den Landwirt gilt, der doch die Frucht mit eigener Arbeit und Mühe anbaut und durch die Qualität seines Bodens aufwertet.“

Die Anwälte der IG Nachbau, Matthias Miersch und Rolf Wilhelms, se-

hen in den bisherigen Urteilen und nun auch in dem Schlussantrag des Generalanwaltes ihre Auffassungen bestätigt und denken bereits an die Möglichkeit der Rückforderungen zu viel gezahlter Nachbaugebühren, sollte der EuGH entsprechend urteilen.

Claudia Schievelbein



Wenn die Nachbaugebühr fällig wird, wie hoch darf sie dann sein? 80 Prozent der Z-Gebühr ist eindeutig zu viel, sagt der EU-Anwalt. Foto: Schievelbein

### Nachbaugebühren in Frankreich

Nun sollen auch französische Bäuerinnen und Bauern zahlen, wenn sie die eigene Ernte aussäen. Bislang gab es lediglich für Weizen eine Nachbaugebühr, die bei der Getreideablieferung kassiert wurde (Z-Saatgutverwender bekamen eine Gutschrift). Nach einem Gesetzentwurf, der im März von der Nationalversammlung beraten werden wird, sollen demnächst auch für alle übrigen Getreidearten, Leguminosen, Raps und Kartoffeln Nachbaugebühren von den Züchtern erhoben werden können. Die „nationale Vereinigung zum Schutz des eigenen Nachbaus“ (CNDSF) bezeichnete die Einführung einer allgemeinen Nachbaugebühr als „skandalös“.

## Erneute Absagen an Pauschalauskunft

STV verliert wieder BGH-Prozesse. Rechtsprechung zu Gunsten der Bauern wird immer mehr untermauert

Endlich sehen es auch die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) und die von ihr vertretenen Pflanzenzüchter ein: Die Nachbaugesetzgebung ist so nicht haltbar. Diese Einsicht fußt allerdings auf ganz anderen Beweggründen als denen, die die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IG Nachbau) schon seit Jahren eine grundlegende Überarbeitung der Nachbaugesetzgebung fordern lässt.

Während die IG Nachbau ein Ende der Ausforschung durch die STV und einen fairen Interessenausgleich zwischen Bauern und Züchtern will, steht für die STV im Fordergrund, dass ihr derzeit vermeintlich der Gebühreneinzug nicht mehr möglich sei. Sie besteht nach wie vor auf ihrem System des pauschalen Auskunftersuchen. Genau dieses ist aber den Anwälten und Bauern der IG Nachbau immer der größte Dorn im Auge gewesen und – noch viel wichtiger: Es wird eben auch von immer mehr Gerichten als unrechtmäßig abgelehnt.

So bestätigte jüngst erneut der Bundesgerichtshof (BGH) seine eigene Rechtsprechung und die des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) dazu in zwei Urteilen: Man

folgte erneut der Argumentation der IG Nachbau, wonach die STV ein sortenspezifisches Auskunftersuchen an die Bäuerinnen und Bauern richten muss, sprich gezielt und unter Vorlage von so genannten Anhaltspunkten nach dem Einsatz einer bestimmten Pflanzensorte in dem jeweiligen Betrieb fragen muss. Schon früher einmal hatte der BGH sich auch in einem Verfahren gegen einen Aufbereiter von Saatgut so geäußert und es an das vorinstanzliche Oberlandesgericht, in diesem Fall in Zweibrücken, zurückverwiesen. Die dortigen Richter entschieden ebenfalls jüngst im Sinne des BGH und übernahmen auch in weiteren rechtlichen Aspekten die Argumentation der IG Nachbau.

So reicht beispielsweise die Wirkung des Anhaltspunktes nur für das jeweilige Wirtschaftsjahr und nicht für weiter zurückliegende Jahre. Zudem müssen Aufbereiter von den Bäuerinnen und Bauern nicht erfragen, welche Sorten sie in deren Auftrag aufbereiten (wenn sie es wissen, müssen sie die Informationen aber im Rahmen des qualifizierten Auskunftersuchens, also wenn Anhaltspunkte vorgelegt werden, weitergeben).

### Gesetze überarbeiten

Es manifestiert sich also immer mehr eine Rechtsprechung, die den Bäuerinnen und Bauern das Anrecht zuspricht, individuell und qualifiziert angesprochen zu werden. Dieses Anrecht gesteht aber die STV ihnen nicht zu, denn immer wieder bringen ihre Anwälte die Argumentation vor, bei dieser Rechtsprechung sei es der STV und den von ihr vertretenen Pflanzenzüchtern nicht möglich, ihr Recht auf Nachbaugebühren noch durchzusetzen.

Offenbar herrscht innerhalb der STV ein echter Mangel an Kreativität, schließlich haben sogar verschiedentlich Gerichte Vorschläge gemacht, was die STV denn für Alternativmöglichkeiten zum pauschalen Auskunftersuchen hat. Die STV allerdings prüft nun einen anderen Weg: Unter bestimmten Bedingungen ließe sich die Nachbaugesetzgebung vor das Bundesverfassungsgericht bringen. Damit landet es am Ende dann vielleicht dort, wo auch die IG Nachbau es ja schon seit ja Jahren haben möchte: auf dem Verhandlungstisch der Politik – zur Neuüberarbeitung. Die Frage ist nur, wer sich dann mit seinen Ideen durchsetzt.

Claudia Schievelbein



## Grenzwert von 0,9 Prozent unterhöhlt Haftung

Wann soll eine Verunreinigung ein Schaden sein und einen Entschädigungsanspruch begründen? Bei der Überarbeitung des Gentechnikgesetzes wollen einige die möglichen Schadensfälle reduzieren

### 1,07 Mrd. Euro gentechnikfrei

In einem Aufruf von bisher 39 Lebensmittelverarbeitern mit einem jährlichen Umsatz von zusammen 1,07 Mrd. Euro fordern die Unternehmen: „Der Wirtschaftsstandort Deutschland muss durch den Erhalt der unabhängigen mittelständischen Lebensmittelwirtschaft und bäuerlichen Landwirtschaft gesichert werden. Derzeitige Marktvorteile durch die Produktion gentechnikfreier Rohstoffe und Lebensmittel dürfen nicht zu Gunsten der Gewinne einiger multinationaler Konzerne aufs Spiel gesetzt werden.“ Zu den Unterzeichnern gehören u.a. die Ludwig Stöcker Hofpfisterei GmbH, Märkisches Landbrot GmbH, NEULAND GmbH, Neumarkter Lammsbräu, Rapunzel Naturkost AG, Alfred Ritter GmbH sowie die Upländer Bauernmolkerei.

Initiiert wurde der Aufruf von der AbL (siehe im Internet: [www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de)).

Eine heftige Auseinandersetzung tobte momentan um die Zahlen hinter dem Komma. 0,9 Prozent oder weniger – ab wann können Bauern für gentechnisch verunreinigte Ernten einen Haftungsanspruch anmelden? Neben der Frage, wer bei möglichen Schäden in herkömmlichen Ernten zahlt, ist von zentraler Bedeutung, was das Gentechnikgesetz als Schaden anerkennt. In der langen Debatte um das Gentechnikgesetz gab es im Jahr 2004 in einem der ersten Entwürfe der alten Bundesregierung mal eine Formulierung, wonach Bauern eine Entschädigung gewährt werden sollte, wenn ihre Ernte über einen von Abnehmern vorgesehenen Grenzwert mit gentechnischen Bestandteilen verunreinigt wurde. Doch dann bekamen die Politiker kalte Füße und fürchteten Tausende von Bauern, die irgendwelche nachträglich erfundenen Verträge aus der Tasche ziehen könnten, und strichen den Halbsatz wieder aus dem Gesetz. Am Ende kam dann eine alles andere als gerichtstaugliche Formulierung heraus, die wohlmeinenden Bürgern die Hoffnung versprach, auch bei Verunreinigungen unter 0,9 Prozent einen haftungsrechtlichen Schaden melden zu können.

### Keine Definition

Die Vorgabe der EU-Kommission ist eindeutig: Ein Lebens- oder Futtermittel muss als gentechnisch gekennzeichnet werden, wenn es über 0,9 Prozent verunreinigt ist, vorausgesetzt, die Verunreinigung ist „zu-

fällig“ oder „technisch nicht zu vermeiden“ entstanden. Damit sind drei Bedingungen für eine Kennzeichnung formuliert und ausdrücklich nicht ein absoluter Grenzwert von 0,9 Prozent. Diese Definition gilt in der gesamten EU und hat keinen Interpretationsspielraum für Regierungen.

Der Ausdruck „technisch nicht vermeidbar“ wird in der Kennzeichnungsverordnung der EU nicht genauer definiert. Dort steht nicht, dass ein angemessener Aufwand betrieben werden muss, es gibt keinerlei Einschränkung im Sinne einer ökonomischen Begrenzung der technischen Machbarkeit.

Wurde z.B. ein Mähdrescher auf einem Feld mit gentechnischem Mais eingesetzt und anschließend zwei Stunden gereinigt und es kommt beim nächsten Einsatz auf einem konventionellen Maisacker zu Verunreinigungen, dann kann sich kein Landwirt oder Lohnunternehmer sicher sein, dass die zwei Stunden Reinigung ausreichen, damit Kontrollstellen die Verunreinigung als „technisch nicht vermeidbar“ akzeptieren.

Anders könnte entschieden werden, wenn die Leitlinien zur Koexistenz der EU-Kommission ausschlaggebend wären. Dort heißt es: „Die Koexistenz-Maßnahmen sollten effizient, kostenwirksam und verhältnismäßig sein und nicht über das Maß hinausgehen, das erforderlich ist, um zufällige Spuren von GVO unterhalb der in Gemeinschaftsvorschriften festgesetzten Toleranzschwellen zu halten.“

Doch diese Leitlinien sind rechtlich überhaupt nicht bindend, sind nur ein Papier der EU-Kommission, aber weder vom Rat, noch vom Parlament abgesegnet.

### Private Verträge

Der EU-weit gültige Kennzeichnungsgrenzwert von 0,9 Prozent ist für das fertige Lebensmittel im Supermarkt entwickelt worden. Nun meinen einige, wie jüngst der nordrhein-westfälische Agrarminister Eckehard Uhlenberg (CDU), dass der Grenzwert auch für das Erntegut gelten solle, um über die Haftungsfrage zu entscheiden.

Die landwirtschaftliche Ernte ist bei den meisten Lebensmitteln aber ein Ausgangsprodukt für einen längeren Verarbeitungsprozess. Es folgen Trocknung, Mühlen, Transport und die eigentliche Lebensmittelverarbeitung. Weil es auf dem langen Weg möglicherweise zu Anreicherungen kommen kann, verlangen private Abnehmer von den Lieferanten die Einhaltung ganz anderer Grenzwerte. Die VK-Mühlen, einer der größten deutschen Mühlenkonzerne, verlangen von Lieferanten für ihre Maismühle in Hameln eine Qualität von unter 0,1 Prozent Verunreinigung. Andere Ware wird nicht akzeptiert. Denn bei jedem Transport, jeder Lagerung, Verarbeitung ist eine weitere Spanne für mögliche Verunreinigungen notwendig. Wird der Wert schon bei der Ernte komplett ausgereizt, muss das Lebensmittel im Supermarkt gekennzeichnet werden.

Bauern, die also Körnermais für die Lebensmittelbranche erzeugen, müssen schon bei einer Verunreinigung von nur 0,5 Prozent damit rechnen, dass ihre Lieferung nicht angenommen wird und sie den Transport selbst zahlen müssen; im Moment ist außer einem Landhändler in Ostdeutschland kein weiterer Käufer für gentechnischen Mais zu finden. Ob die Maismühlen dann noch Reinigungskosten für das Silo in Rechnung stellen und künftig bereit sind, Mais von dem Bauern zu kaufen, sind weitere wirtschaftliche Risiken für den Landwirt.

### Tests und ihre Genauigkeit

Was am Schreibtisch eine rein theoretische Frage ist, wirft in der Praxis etliche weitere Probleme auf. Es gibt kaum standardisierte Tests für so scharfe Grenzwerte. Nach Berichten des Öko-Instituts kann je nach Testverfahren bei BT-Mais eine Mengenbestimmung des gentechnischen Anteils schwierig sein, da das Protein nicht in allen Teilen der Pflanze in gleicher Menge produziert wird. Hinzu kommt, dass die Probe repräsentativ für die Ausgangsmenge sein muss. Und dass Bauern für Tests auf eine mögliche Verunreinigung zahlen müssen, während die Nutznießer der Gentechnik ihre Umgebung verunreinigen, stellt nur eine von vielen Ungerechtigkeiten bei der Agro-Gentechnik dar.



Wie lange muss der Mähdrescher nach der Ernte in Zukunft gereinigt werden, damit man „technisch vermeidbare“ Verunreinigungen ausschließen kann? Die Antwort ist Geld wert. Foto: Claas



## Imkerpräsident kritisiert CSU

Berufsimker kämpft für gentechnikfreie Landwirtschaft

Der Präsident der deutschen Berufsimker, Manfred Hederer aus dem bayerischen Utting, hat wiederholt die Haltung seiner eigenen Partei, der CSU, und der Bayerischen Staatsregierung zur Agro-Gentechnik kritisiert: „Die Staatsregierung hat sich die Grüne Gentechnik zum Staatsziel gemacht, obwohl die Technik keinen Fortschritt, sondern nur Patente und Lizenzen bringt“, sagte Hederer dem Landsberger



Bild: CSU-Mitglied Manfred Hederer kämpft als Imkerpräsident für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Foto: Millonig

Tagblatt. Eine Koexistenz von herkömmlicher Landwirtschaft und gentechnisch verändertem Anbau hält Hederer für unmöglich. Der durchschnittliche Flugradius einer Biene betrage drei Kilometer, ein ganzes Bienenvolk beweidet eine Fläche von mindestens 3.000 ha, so Hederer, der auch Mitglied im Präsidium des Deutschen Imkerbundes ist. „Wenn ein Anbau von gentechnisch veränderten Organismen kommt, dann ist ein Honig ohne GVO nicht mehr denkbar.“

Dem Landsberger Tagblatt berichtete Hederer von einem Fall im Bereich Donau-Ries. Dort sei ein Imker Opfer eines Erprobungsanbaus der Bayerischen Staatsregierung geworden. Die Blütenpollen-Ernte sei bis zu 4,1 Prozent mit gentechnisch veränderten Rapspollen belastet gewesen.

Hederer sieht neben der Belastungsfrage und damit einhergehenden wirtschaftlichen Schäden für Imker aber auch ungeklärte Haftungsfragen. Wenn Bienen zu ungewollten Überträgern von GMO-Pollen und damit Gen-Informationen würden und damit Schäden bei Landwirten anrichten, die auf gentechnikfreien Anbau setzen, sei die Frage ungeklärt, ob dann der Imker möglicherweise in Haftung genommen werden könne. Insgesamt sieht Hederer die Gefahr, dass angesichts dieser Risiken besonders Freizeitimker ihr Hobby drangeben.

Vor einigen Wochen, so berichtete Hederer dem Landsberger Tagblatt, sei er von der „politischen Kriminalpolizei“ verhört worden. Der Verfassungsschutz habe ihn in Verbindung gebracht mit Aktivitäten, bei denen angeblicher Genmais und Genraps vernichtet worden sei. „Jeder, der sich für die Qualität von Lebensmitteln einsetzt, wird behandelt wie ein Staatsfeind“, interpretierte Hederer nun gegenüber der Süddeutschen Zeitung. Er sei gegen Gewalt, aber ziviler Ungehorsam müsse in einer Demokratie erlaubt sein.

Hederers Kampf für ein gentechnikfreies Bayern ist weiter gefordert. Auf Feldern des Bayerischen Staatsguts Achselschwang in Finning ist gerade im öffentlich zugänglichen Standortregister (siehe [www.standortregister.de](http://www.standortregister.de)) der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen angemeldet worden. Unweit der Felder stehen einige von Hederers Bienenvölker.

uj

## Sternmarsch zur Koexistenz-Tagung

Vom 4. bis 6. April findet im Wiener Messezentrum die EU-Konferenz zur Gentechnik-Koexistenz mit dem singenden Titel „The freedom of choice“ statt. Dort sollen die Erfahrungen der Mitgliedstaaten zusammengetragen werden. Ziel ist, einen EU-weiten Rahmen festzulegen.

Nicht nur, weil die Teilnahme von Nichtregierungs-Organisationen stark begrenzt wurde, wird es nun einen Sternmarsch mit Kundgebung an der frischen Luft vor dem Konferenzgebäude geben. Aus ganz Europa sind alle eingeladen, denen die Absicherung einer gentechnikfreien Landwirtschaft am Herzen liegt.

Der Sternmarsch findet statt am 5. April, dem eigentlichen Beginn der Konferenz:

- 8.00 Uhr Treffpunkt am Praterstern (gute Erreichbarkeit mit S-Bahn und U-Bahn),
- 8.30 Uhr Marsch über die Ausstellungsstraße in Richtung Konferenz (Congress Center im Messegelände im Prater),
- 9.00 Uhr Kundgebung auf dem Platz vor dem Congress-Center mit Bühne für Ansprachen, Kabarett, Musik.

*Kontakt in Deutschland: AbL-Projekt gentechnikfreie Regionen, Annemarie Volling, Lüneburg, Tel.: 04131-400720, [gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de](mailto:gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de)  
In Österreich: Michael Johann, Tel.: 0043-664-2668548, [michael.johann@aon.at](mailto:michael.johann@aon.at)*

Kurzes am Rande

### Kein Gen-Mais für Biogas

Mit großer Mehrheit hat sich der Fachverband Biogas gegen den Einsatz von gentechnisch verändertem Mais ausgesprochen, und zwar gleich zweimal. Am ersten Tag seiner Mitgliederversammlung Anfang Februar in Hannover war der Tenor schon einhellig. Als Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), am nächsten Tag in seiner Eröffnungsrede der Fachtagung Biogas dann gentechnisch veränderten Mais als angebliche Chance für die Biogasanlagen bewarb, schlugen die Wogen auf der Veranstaltung hoch, so dass abends eine Sondersitzung zum Thema einberufen wurde. Das Votum des Vortages wurde klar bestätigt. Der Fachverband setzt auf eine verbesserte Effizienz der Anlagen und nicht Gentechnik. ms

### Monsanto verfolgt weiterhin Futtermittelbranche in Europa

In den letzten Monaten belästigte Monsanto Sojaimporteure mit juristischen Drohungen, um Lizenzen für argentinisches Sojaschrot einzustreichen. Da der Konzern in Argentinien die Frist der Patentanmeldung für seine gentechnischen Sojabohnen hatte verstreichen lassen, gibt es für argentinische Farmer keine Pflicht, dem Konzern Lizenzen zu zahlen. Das hält Monsanto nicht davon ab, von einem europäischen Hafen zum anderen in Großbritannien, Spanien, Dänemark und den Niederlanden zu ziehen, um für das hier als Saatgut patentgeschützte Soja Lizenzen eintreiben zu wollen. Unbelehrbar scheint der Konzern: Denn verstrichene Fristen gelten nun mal auch für klagewütige Konzerne, und ein Patentschutz für Saatgut hat nichts mit Futtermitteln zu tun. Weder hier im Hafen, noch dort bei den Farmern hat Monsanto ein Recht auf Lizenzgebühren für die gentechnisch veränderten Sojabohnen aus Argentinien. ms

### Griechenland dehnt Verbot aus

Die griechische Regierung hat – entgegen der Anweisung der EU-Kommission aus Brüssel – gentechnische Maissorten für weitere 18 Monate verboten. Das Verbot wird zusätzlich von bisher 17 auf insgesamt 31 Sorten ausgeweitet. „Wissenschaftliche Studien bestätigen, dass der Anbau des MON810 eine akute Gefahr für die Umwelt birgt“, begründet der stellvertretende Agrarminister Alexandros Kontos das Importverbot. ms

### WTO-Streitverfahren über Importstopp gibt erste Stellungnahme

Nachdem die Entscheidung mehrmals vertagt wurde, hat die WTO Anfang Februar den Klägern USA, Kanada und Argentinien gegen den ehemaligen EU-weiten Zulassungstopp von neuen gentechnischen Produkten in weiten Teilen recht gegeben. Zwischen 1998 und 2004 hatten die Mitgliedstaaten der EU bis zu einer Überarbeitung des Gentechnikrechts keine neuen gentechnischen Produkte mehr zugelassen. Die Klägerländer kritisierten, dass es keine wissenschaftliche Begründung für dieses so genannte faktische Moratorium gegeben habe. Auch die Importverbote von einzelnen Mitgliedstaaten wurden kritisiert. Das entgeltliche Urteil wird erst 2007 erwartet.

Mit ihrem Ansinnen unterlaufen diese Staaten damit das Vorsorgeprinzip in der EU, so die AbL in einem Kommentar. In der EU schreckt das Urteil bisher kaum jemand auf. Die EU-Kommission sieht den Klageanlass als hinfällig, da in der EU nach Erlass der EU-Freisetzungs- und Kennzeichnungsrichtlinien wieder neue Produkte zugelassen wurden und werden. Regierungen von Ungarn, Polen, Österreich haben ihre Ablehnung der Agro-Gentechnik bekräftigt, und in der Presse wird anerkannt, dass mit noch so viel Urteilen der WTO europäische Verbraucher nicht bereit sein würden, gentechnische Lebensmittel zu kaufen. ms

# Können Pflanzenzüchter Freunde sein?

Leserbrief zur Berichterstattung über die Auseinandersetzung um die Nachbaugebühren

Seit einigen Jahren verfolge ich die Nachbaugebattenden in der Bauernstimme und hatte darüber hinaus schon das Vergnügen, mit einzelnen AbL-Mitgliedern über das



Weizenvielfalt im Zuchtgarten: „Von nichts kommt nichts“, hier wie da. Foto: Müller

Thema ins Gespräch zu kommen. Dabei hat sich mein Eindruck gefestigt, dass diese Debatte sehr kompromisslos geführt wird und die im allgemeinen so offenen und umsichtigen AbLer plötzlich ein wenig den Anschein erwecken, als hätte man ihnen Scheuklappen angelegt. Es scheint so, als ob die Autoren sämtliche Pflanzenzüchter in den gleichen Topf werfen und zum allgemeinen Feindbild „mafiaähnliches, kapitalistisches Agrobusiness“ abstempeln. Mit den Methoden der STV bekannt, die ja indirekt von den Züchtern beauftragt ist, mag das verständlich erscheinen. Nun bin ich aber begeistert sowohl von der AbL als auch von meiner Tätigkeit in der Getreidezüchtung, von der ich auch gerne weiterhin meinen Lebensunterhalt bestreiten möchte, und frage mich mit bangem Gefühl: Könnten denn Pflanzenzüchter und AbLer nicht auch Freunde sein?

## Nicht alle Züchter gleich

Es gibt natürlich die großen Saatgutkonzerne, die mit fraglichen Methoden versuchen, möglichst weite Teile des Saatgutgeschäfts zu kontrollieren und damit Bauern in Abhängigkeiten bringen. Daneben existieren gerade in Deutschland aber auch eine Reihe mittelständischer Saatgutbetriebe. Diese bringen eine Vielfalt von Sorten heraus, fühlen sich häufig der Landwirtschaft verbunden und arbeiten obendrein zum allergrößten Teil ohne Gentechnik. Projiziert auf die Landwirtschaft, könnte man erstere als industrielle, letztere als bäuerliche Betriebe bezeichnen, natürlich mit den auch aus der AbL bekannten

Abgrenzungsdiskussionen zwischen beiden Kategorien.

Wie der Bauer wünscht sich mancher mittelständische Pflanzenzüchter, dass der vernünftige Verbraucher – in dem Fall also der AbLer – durch seine bewusste Kaufentscheidung kleinere Züchtungsbetriebe unterstützt. Da hat man – natürlich durch die gewünschten Sorteneigenschaften ein wenig begrenzt – eine größere Vielfalt zur Auswahl, als manch einer vielleicht glaubt.

## Züchtungsarbeit finanzieren

Wie der bäuerliche Betrieb möchte auch der Pflanzenzüchter von seiner Arbeit leben können. Die Arbeit des Züchters besteht eben nicht in der Vermehrung einer Sorte, sondern in deren Züchtung, was für eine Getreidesorte 10-15 Jahre dauert. Es handelt sich hier um eine Aufgabe, von der viele profitieren: Bauern, Müller, Bäcker, Verbraucher. Wie soll diese Arbeit finanziert werden? Heute geht das bekanntermaßen über Züchterlizenz und Nachbaugebühr. Erstere ist akzeptiert, letztere kaum. Hier besteht nun ein entscheidender Unterschied zwischen unserem Züchter und dem AbLer, der einen fairen Preis für seine Milch fordert: Hat die Molkerei die Milch verarbeitet, muss sie neue kaufen. Hat der Bauer sein Saatgut ausgesät, muss er aber im Folgejahr kein neues Saatgut kaufen, sondern kann nachbauen. Ein Grund, warum Hybriden für viele Züchter so attraktiv sind: mit ihnen wird das Saatgut zum Fall „Milch“ (zugegebenermaßen mit besserem Preis). Es geht mir keineswegs darum, gegen den Nachbau des eigenen Saatguts zu sprechen, bleibt nur das Problem, dass auch der Züchter für seine Arbeit angemessen entlohnt werden will. Sagt der AbLer: Er hat ja die Züchterlizenz, und wenn die so nicht reicht, soll er halt sie ein bisschen erhöhen, solange nur der Nachbau nichts kostet... Sagt der Züchter: Kann der AbLer nicht rechnen? Wenn ich meine Lizenz verdopple, sagt sich der Bauer: Ich bin doch nicht blöd, so teures Saatgut kaufe ich höchstens alle paar Jahre. Folge: weniger Saatgutverkauf, weniger Lizenzeinnahmen, Lizenzerhöhung.... Da erkennt jeder, das ist ein Teufelskreis und diese Rechnung geht für den Züchter nicht auf.

## Beitrag statt Gebühr

Nun meine Arbeitshypothese: Ist nicht so etwas wie eine Nachbaugebühr das gerechteste und sinnvollste Verfahren? Was der Name suggeriert, ist allerdings verkehrt. Ein Begriff wie Sortenentwicklungsbeitrag wäre richtiger, denn nicht das Nachbauen soll bestraft werden, sondern die Arbeit des Züchters honoriert. Folgende Effekte hat ein solcher Beitrag:

① Er führt zu Sortenvielfalt. Denn müsste der Züchter nur mit der Lizenz auskommen, könnte er es sich nicht leisten, eine Vielfalt von Sorten zu züchten, die allesamt nur wenig Geld einbringen.

② Er führt, aus dem gleichen Grund, zu Vielfalt bei den Züchtungsbetrieben; der Strukturwandel hin zu großen Konzernen kann aufgehalten werden. Denn schon namhafte, heute erfolgreiche Züchter äußern in Züchterkreisen die Befürchtung, dass sie in 10 Jahren nicht mehr existieren werden.

③ Er ist gerechter: Ein Großbetrieb, der große Flächen mit einer Sorte bestellt, hat auch einen höheren Nutzen von der Sorte als ein kleinerer, vielfältiger Betrieb. Gleichzeitig wird aber der Großbetrieb häufiger nachbauen, da der Aufwand für ihn, bezogen auf die Anbaufläche, geringer ist, er häufiger über einen eigenen Mähdrescher verfügt und sich die Sortenreinhaltung bei größeren Mengen unkomplizierter gestaltet.

④ Wäre so etwas wie ein Sortenentwicklungsbeitrag anerkannt, müssten auch die Züchter nicht mehr gegen den Nachbau der Landwirte kämpfen, da er für sie keinen Nachteil bedeutet.

Nun gut. Worauf es mir ankommt ist, die Diskussion um eine Blickrichtung zu erweitern und aufzuzeigen, dass es in der Züchtungsbranche durchaus Parallelentwicklungen zur Landwirtschaft gibt, die den umsichtigen AbLer vielleicht nicht kalt lassen sollten. Gerne würde ich mit diesem Beitrag zu konstruktiven Vorschlägen anregen, die über ein schwarz-weißes Bild vom ausgebeuteten Bauern und dem bösen Züchter hinausgehen. Wie wäre es beispielsweise mit einem Faltblatt, das von der AbL empfohlene Pflanzenzüchter auflistet oder mit dem Versuch, eigene „Kooperationsabkommen“ mit bestimmten Züchtern auszuhandeln. Oder mit neuen Vorschlägen, wie ein „Sortenentwicklungsbeitrag“ möglichst gerecht gehandhabt werden kann? Auf solche Diskussionen und Dialoge wäre ich sehr gespannt.

Jens Müller

Getreidezüchtung Peter Kunz,  
CH-8634 Hombrechtikon/Schweiz

## Wulff gegen Europlant

In einem Interview mit dem *Ernährungsdienst* hat sich der niedersächsische Ministerpräsident Wulff auf die Seite der bedrohten Kartoffelsorte „Linda“ gestellt. Gefragt, ob er für den Züchter Europlant oder den Linda-Erzeuger Karsten Ellenberg Partei ergreifen würde, antwortete Wulff: „Ich würde auf jeden Fall für die Verbraucher Partei ergreifen. Da die Sorte Linda eine offenbar hohe Beliebtheit bei den Verbrauchern besitzt und mittlerweile frei von Rechten Dritter ist, sollte ihnen auch genügend Speiseware dieser Sorte zur Verfügung gestellt werden...“ en

Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.



# Schäferleben im Göttinger Land

Ein Film über den Wandel vom Genossenschaftsschäfer zum Landschaftspfleger

Früher ist kein Fleckchen Futter umgekommen. Vor Sommer war das Futter immer knapp“, erzählt Peter Aue im Film „Schäfer im Göttinger Land – gestern und heute“. Zu historischen Aufnahmen berichtet er über sein Schäferleben vor 50 Jahren.

Aue ist Jahrgang 1933 und erlernte das Schäferhandwerk von seinem Vater. In jedem Dorf gab es damals noch ein bis zwei Schafherden. Aue selbst hatte keine eigenen Flächen, das Land gehörte den Genossen, so auch etwa 10 ha mageres Grünland, wo vor allem an Regentagen gehütet wurde. Solche Hutungen und vor allem Wege waren die Futtergrundlage für die Schafe, die so genannten „Pfennigsucher“. Im Herbst zog er ins Leinetal zu den Zuckerrübenfeldern des Grafen von Hardenberg. „Dort lebten die Schafe wie im Schlaffenland.“

Schafe waren nicht nur Fleisch- und Wollproduzenten, sie lieferten auch wertvollen Dünger für die Felder. „Unser Ehrgeiz war, den Dünger möglichst gleichmäßig auf die Flächen zu verteilen, deshalb wurden die Schafe morgens um vier Uhr noch einmal umgepfercht.“ Im April wurden die Herden zusammengestellt. Von den etwa 250 Mutterschafen waren 80 sein Eigentum. Als die Genossenschaftsschäferei 1961 aufgelöst wurde, machte sich Peter Aue selbstständig. Weil im Laufe der Zeit immer weniger Huteflächen und auch abgeerntete Felder im Herbst zur Verfügung standen, ging er auf einen Truppenübungsplatz in der Nähe von Göttingen. Durch die Einführung mineralischer Dünger hatte das Schaf seine Rolle als Nährstofflieferant verloren.

1990 besaß Aue 1.200 Schafe. Mittlerweile war das in der Göttinger Region einst weit verbreitete Leineschaf durch das fleischigere Schwarzkopfschaf ersetzt worden. Als nach der Wende ganze Schafbestände zu Schleuderpreisen angeboten wurden, sah sich Peter Aue gezwungen, den Schäferberuf aufzugeben.

Das heutige Berufsbild ist mit dem von früher nicht zu vergleichen. Auch Bernd Bodmann, Jahrgang 1966, aus Seeburg ist Schäfer. Er hat nach der Ausbildung zum Tierwirt im Jahr 2000 zusammen mit seinem Bruder Matthias eine Mutterschafherde von inzwischen 900 Tieren aufgebaut. Sein Einkommen bezieht er zu 70 Prozent aus der Landschaftspflege und nur zu 30 Prozent aus dem Verkauf von Fleisch. Auch die Verzehrgeohnheiten haben sich geändert: Während Aue nur Hammel ab zwei Jahren mit einem Gewicht von rund 50 Kilogramm verkaufte, ziehen die Kunden heute Lammfleisch vor.

Die Bodmanns arbeiten eng mit dem Landschaftspflegeverband zusammen und haben dazu beigetragen, dass das fast schon verschwundene Leineschaf wieder in die Göttinger Region zurück gekehrt ist. Inzwischen halten sie 200 Tiere dieser robusten und anpassungsfähigen Schafrasse. Ihr Ziel ist es, in fünf Jahren ein Schaf zu züchten, das gut für die Landschaftspflege geeignet ist, frohwüchsige Lämmer bekommt und natürlich ein gutes Einkommen ermöglicht.

Mit diesem Film ist es dem Landschaftspflegeverband Landkreis Göttingen (LPV) und dem Filmproduzenten Andreas Buhr aus Hannover gelungen, ein Stück regionale Agrargeschichte für die Nachwelt zu erhalten. Anhand der historischen Bilder lässt sich der rasante Strukturwandel erkennen, der die Landwirtschaft insgesamt stark verändert hat. „Wir wollen zudem die gesellschaftliche Akzeptanz für den Beruf des Schäfers und seine Bedeutung bei der Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft schaffen.“, betont Ute Grothey (LPV).

Dr. Ute Zöllner

„Schäfer im Göttinger Land – gestern und heute“, Film (13 min.), herausgegeben vom Landschaftspflegeverband Landkreis Göttingen e. V., Infos: Ute Grothey, Tel: 0551-5313703, [lpv@lpv-goettingen.de](mailto:lpv@lpv-goettingen.de).



Einen Großteil seines Einkommens erzielt Schäfer Bernd Bodmann heute durch Landschaftspflege.

Foto: LPV Göttingen

## WWWWW

Die agrarpolitischen Signale des neuen Bundeslandwirtschaftsministers scheinen noch wenig konkret. Nur eine Botschaft wird präzise formuliert: Bürokratieabbau. Die „Herrschaft der Amtsstuben“ soll eingeschränkt werden. Man darf gespannt sein. In NRW wurde das Cross Compliance-Handbuch, trotz bereits angelaufenem Druck, zurückgezogen. Aber bestimmt nicht, weil man unter 100 Seiten kommen will. Den Antrag zur Dieselölrückvergütung kann man mittlerweile über das Internet stellen. Dafür gibt es – in jährlich wechselnder Zusammenstellung – Sockelbetrag, Bagatell- und Obergrenze sowie die Notwendigkeit, den Dieserverbrauch bei Nachbarschaftshilfe und Lohnarbeiten zu berechnen. Die größte Vereinfachung des Antragsverfahrens geschah aber still, fast heimlich; man möchte glauben, es war ein Versehen: Die Tankquittungen brauchen keine Unterschrift mehr. Der Bauer darf den Diesel-PKW am großen Fass tanken. Bei der Antragstellung wird dann der Dieserverbrauch des PKW vom Gesamtverbrauch abgezogen. Für den Rest gibt es die Steuererstattung. Natürlich wird auch mal an einer normalen Tankstelle getankt. Dieser Dieselauf wurde früher aber nur anerkannt, wenn die Quittung ordnungsgemäß war, das heißt, die Unterschrift des Verkäufers trug. Und während das Finanzamt schon lange mit maschinengedruckten Quittungen zufrieden war, wurde es immer schwieriger, den Tankwart zur Unterschrift zu überreden.



... aus Westfalen

Des öfteren zückte ich meine BGB-Kopie, in der mein Recht als Kunde auf eine Quittung mit Unterschrift belegt war, wenn Erklärungen über das Warum und Wieso meines seltsamen Wunsches ergebnislos blieben. Aber einmal hatte ich sie nicht dabei.

An einer kleinen Autobahntankstelle traf ich auf zwei Kassierer, die ich offensichtlich beim Zählen von Gummibär-Tüten störte. Irgendwann nahmen sie zwar mein Geld, verweigerten aber die Unterschrift auf der Quittung. Ohne ihren Chef ginge das nicht – und der war zuhause. Anrufen wollten sie ihn nicht, aber sie reichten mir Telefon und Nummer. Die Verbindung war schlecht, brach mehrmals ab – und immer hatte ein Kassierer die Hand unter dem Tresen. Ich dachte an selbst unterschriebene Belege – aber mittlerweile ging's mir ums Prinzip. Und die Zeit arbeitete für mich. Mein Auto blockierte die eine Hälfte der Tankstelle, ein weiterer Kunde, der sein Geld bei den überforderten Kassierern nicht loswurde, die andere. PKW und LKW begannen sich zu stauen, der Kassenraum füllte sich mit finster blickenden LKW-Fahrern und meine Kinder kamen zur Verstärkung aus dem Auto, zerrten am Rock und wollten auf den Arm. Wie schnell ich mit einer Unterschrift weg gewesen wäre, überstieg das Vorstellungsvermögen meiner Gegenüber. Ich solle erst mal an die Seite fahren. Ich stünde im Weg, das sei geschäftsschädigend. Auf einmal klappte die Verbindung zu ihrem Chef. Doch auch der war gegen „zahlen, unterschreiben, fahren“ und drohte mit Polizei und Schadenersatz. Irgendwann betraten zwei Polizeibeamte den Kassenraum. Ich erklärte die Situation. Ein Polizist unterschrieb. Wir räumten die Zapfsäule. Egal von wem – Hauptsache Unterschrift – und wenn ein Amtsvertreter dem anderen dient, umso besser! Aber egal. Ob der Dieselantrag ohne Unterschrift und mit Internet einfacher wird – der englische Historiker und Soziologe C. N. Parkinson formulierte bereits als Gesetz, dass der bürokratische Aufwand mit einer mathematisch errechenbaren Rate wächst, unabhängig davon, ob die Aufgabe oder die Arbeit zunimmt, abnimmt oder völlig verschwindet.

Eine Bäuerin (52 Jahre) erzählt...

# Sind die „Hinterhofhalter“ und die Zugvögel schuld?

Ein neues Buch zur Vogelgrippe

Ein Buch passend zum Freilaufverbot der Hühner. Wer das Buch gelesen hat, wird verblüfft auf die Debatte in unserem Land blicken, in der das Einsperren von Hühnern als Schutz vor Seuchen gilt. Mike Davis fragt, warum die weit verbreiteten Grippeviren zu solch gefährlichen Killern mutieren, die die ganze Welt bedrohen. Als gängige Erklärung gilt die „Hinterhofhaltung“ in Südostasien. Hier hätten die mutierten Viren ihren Ursprung, Wildvögel übertragen sie. Das Freilaufverbot bei uns sei deshalb die konsequente Reak-

entstand hier, dessen Spielzeuge, Laufschuhe, Sportkleidung und Elektronik bis in den hintersten Winkel der Welt konsumiert werden. Zum Virenexporteur werden solche urbanen Zusammenballungen durch die hohe Bevölkerungsdichte (1.273 Menschen pro km<sup>2</sup>). Häufig sind chronische Atemwegserkrankungen wegen der extrem hohen Luftverschmutzung. Die Arbeiter hausen, ohne dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung, in überbelegten Schlafstätten oder Slums, meist ohne medizinische Versorgung. Die Dichte der Tierpopulationen ist extrem.



In einem türkischen Dorf wird Hausgeflügel eingesammelt, um es zu töten. Foto: Osman Orsal/AP

tion. So zu lesen in Animal Health Online, einem durchaus seriösen medizinischen Informationsdienst.

## Ursache Hinterhofhaltung?

Mike Davis gibt sich mit solchen Antworten nicht zufrieden: Die „Hinterhofhaltung“ gab es schon immer. Die Zugvögel flogen nicht erst seit 1997, als in Hongkong das H5N1 Virus in der jüngsten Geschichte auftauchte.

Es sind für ihn vier sich global auswirkende Veränderungen, die die Evolution neuer, die Artengrenzen überspringender Influenzasubtypen und deren weltweite Übertragung beschleunigten. Die Umwälzungen der Massentierhaltung zwischen 1980 und 1990; die industrielle Revolution in Südchina, die den Handels- und Personenverkehr mit dem Rest der Welt exponentiell erhöhte. Die Entstehung der „Superstädte“ der Dritten Welt und ihrer Slums. Und nicht zuletzt: das Fehlen eines internationalen Gesundheitssystems, das der Dimension und Auswirkung der ökonomischen Globalisierung entspricht.

## Virenexporteure

Am Beispiel des südchinesischen Guangdong beschreibt Davis die Slums drastisch. Ein postmodernes Manchester

entstand hier, dessen Spielzeuge, Laufschuhe, Sportkleidung und Elektronik bis in den hintersten Winkel der Welt konsumiert werden. Zum Virenexporteur werden solche urbanen Zusammenballungen durch die hohe Bevölkerungsdichte (1.273 Menschen pro km<sup>2</sup>). Häufig sind chronische Atemwegserkrankungen wegen der extrem hohen Luftverschmutzung. Die Arbeiter hausen, ohne dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung, in überbelegten Schlafstätten oder Slums, meist ohne medizinische Versorgung. Die Dichte der Tierpopulationen ist extrem.

Die 700 Mio. Hühner (!) leben eher selten in den traditionellen Haltungsformen des Dorfes, sondern in den unterschiedlichsten Haltungsformen, die von Agroindustriellen mit ihren Vertragsbauern reichen bis zu den mittleren Beständen in Legebetrieben. Wir erfahren, dass es tatsächlich Legebatterien über den Schweineställen gibt und intensive Haltung von Gänsen und Enten überm Fischteich, in denen der Mist zum Futter wird. Und es gibt die vielen Familien, die ihre wenigen Tiere freilaufend im Hof und Garten halten. Als mit der Industriearbeit das Einkommen stieg, begann die Bevölkerung mehr Fleisch und weniger Reis und Gemüse zu essen. Ein paar Hühner zu halten ist ein wichtiger Beitrag zum Einkommen.

## „Geschlossene“ Systeme?

Pflichtlektüre für alle, die das „geschlossene System“ der Käfighaltung aus seuchenhygienischen Gründen verteidigen, sind die Kapitel über Hühnergrippe und Massentierhaltung. Nicht nur in Südostasien gab es Seuchenzüge. Davis erinnert an die Vogelgrippe 2003 in Holland. Die agroindustriellen Farmen im hochrationalisierten Gelderland waren vom H7N7 Subtyp befallen. 30 Mio. Hühner, fast ein Drittel der Geflügelpopulation Hollands, wurden mit Unterstützung der Armee getötet. Kaum beachtet wurde die H6N2 Influenza in Südkalifornien. Sie begann 2000 in den Geflügelfarmen und verbreitete sich explosionsartig durch den LKW-Transport der Tiere zum größten Verarbeitungszentrum. Genauere Zahlen wurden ver-

schwiegen, Schätzungen sprechen von einer Zahl infizierter Tiere in zweistelliger Millionenhöhe. 2004 mutierte in Kanada, British Columbia, ein leicht pathogener Virus zu einem hoch pathogenen. 19 Mio. Hühner, die gesamte Nutzvogelpopulation der Farmen des Frazer Valleys, wurden vergast und verbrannt.

## Agarindustrie in Asien

Am Beispiel Thailands schildert Davis noch einen besonderen Zug der Massentierhaltung: ihren politischen Einfluss. Asiens größter und mächtigster landwirtschaftlicher Exportkonzern ist der in Bangkok ansässige Charoen Pokband (CP). Er kontrolliert zusammen mit einer handvoll anderer Exporteure 80 % der Produktion, die sich mittels voll integrierter Hühnerfarmen auf einem 60 bis 150 km breiten Gürtel um Bangkok konzentrieren. Davis Darstellung der weiteren Expansion des Konzerns nach China und achtzehn weiteren Staaten ist lesenwert. Durch Kumpanei mit dem Regime gelang es CP nicht nur, die Seuchenausbrüche von 2003 in den eigenen Farmen lange Zeit zu vertuschen. CP nutzte auch der radikale Modernisierungsplan der Regierung. Die kleinen, im Freien gehaltenen Hühnerbestände mussten geschlachtet werden. Von den Haltern wurde verlangt, neue industrielle Anlagen zu bauen. Nur die Farmen, die diesen Vorgaben entsprachen, bekamen für ihre toten Hühner eine Entschädigung. Offizielle Meinung war seither: Schuld an der Verbreitung der Vogelgrippe seien die Kleinproduzenten mit ihrer rückständigen Freiland-Hühnerhaltung. Industrialisierte, geschlossene Anlagen seien für virale Epidemien nicht einnehmbar. Eine Konsequenz dieser Politik war, dass viele kleine Hühnerhalter aufgaben.

Das Buch von Davis liefert, trotz der manchmal etwas reißerischen Darstellung, wichtiges Material und Hinweise für ein erneutes Nachdenken. Das ist unschätzbar in Zeiten, in denen die Politik mit Auslaufverboten Handlungsfähigkeit vor-täuscht. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird uns die Vogelgrippe in den nächsten fünf Jahren erhalten bleiben. Sie verbreitet sich mit atemberaubender Geschwindigkeit durch

den globalen Handel. Zu befürchten sind Seuchenzüge in anderen Schwellenländern. Unabsehbar sind die Folgen vor allem in den Ländern, die wie in Afrika kaum staatliche Strukturen haben.

Die Zugvögel sind ein Opfer, nicht die Ursache. Die Hühner wegsperren oder gar „vorbeugend“ zu töten ist deshalb eine hilflose Ersatzhandlung. Die bisherigen Seuchenzüge in Holland, USA und Canada zeigen, dass das „Geschlossene System“ der Käfighaltung offen ist (s. Artikel Geschlossene Systeme – weit offen). Wie gebannt blicken wir auf die Zugvögel. Als wären sie unser Feind, der täg-

## Das Küken, Zugvogel Nr. 1

In Nigeria starben in einer Geflügelfabrik 40.000 Tiere. Das hochpathogene Vogelgrippe-Virus gelangte in Nigerias Geflügelfabriken durch den Import infizierten Geflügels. Das teilte Nigerias Landwirtschaftsminister laut Birdlife mit. Höchstwahrscheinlich waren es Küken. Die agroindustrielle Geflügelhaltung im Norden Nigerias ist auf regelmäßige Zufuhr von eintägigen Küken angewiesen. Nigeria hat nicht die Technologien, um alle Stufen der industriellen Hühnerproduktion selbst abzudecken. Küken werden täglich importiert aus China, Türkei, Europa und Lateinamerika. Nigeria ist Chinas zweitgrößter Exportmarkt.

GS

lich vorrückt. Das entlastet von der schwierigen Ursachenforschung und einschneidenden politischen Maßnahmen. In den erneut anstehenden Parlamentsverhandlungen über das Käfigverbot kann die Regierung zeigen, ob sie wirklich handlungsfähig ist und dem Druck der Geflügelindustrie standhält. Statt der riskanten Käfighaltung brauchen wir Haltungsformen, die die Widerstandskraft der Tiere fördern. In einer globalisierten Welt sind Seuchenausbrüche niemals ganz zu verhindern. Sie können jedoch durch geringe Bestandsgrößen lokal begrenzt werden.

Götz Schmidt

Mike Davis: *Vogelgrippe. Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien (The monster at our door: the global threat of avian flu)*. Berlin, Assoziation A, 2005. 168 S., 14,00 €, ISBN 3-935936-42-7





## Einfach GEN:ial

Die Journalistin Brigitte Zarzer wagt sich in ihrem Sachbuch „Einfach GEN:ial“ an das gesamte Thema der Agrogentechnik: Arbeitsplatzversprechen, Pannen und unerwünschte Nebenwirkung, der Dschungel der Zulassungen von neuen gentechnischen Produkten in der EU. Und ihr gelingt der große Wurf. Anschaulich mit Beispielen rund um den Globus bietet sie für Neugierige und Kundige im Thema eine Fülle von Informationen und Geschichten. Anekdoten über den Flop mit der ersten gentechnischen Tomate, die nach dem ersten Versuchstransport statt als

ganze Pflanze als zermatschter Brei ankam, Unglaubliches über die juristische Strafverfolgung von Farmern in den USA durch Monsanto.

Gut lesbar behandelt die Autorin die kritischen Punkte bei den verschiedenen Themen, selbst im wissenschaftlichen Dschungel der Risikobewertung findet sie einen roten Faden, um den Leser durch „signifikante“, aber irgendwie dann doch als unbedeutend abgestufte Ergebnisse von Studien zu leiten. Neben einem aktuellen Überblick über gentechnikfreies Saatgut und Futtermittel gibt es kurze Berichte über die Hauptanbauländer.

Angenehm beim Lesen ist der österreichische Erfahrungshintergrund von Brigitte Zarzer, so dass auch nicht geläufige Studien und Fachleute zitiert werden.

Eine nicht zu vermeidender Mangel beim rasanten Thema Gentechnik ist, dass die aktuellen Beispiele teils fehlen.

Ob zum von-vorne-bis-hinten-Durchlesen oder zum Stöbern in einzelnen Kapiteln, das Buch bietet eine Fülle von interessanten Informationen.



Brigitte Zarzer: *Einfach GEN:ial – Die grüne Gentechnik: Chancen, Risiken und Profite.* Heise Zeitschriften Verlag, 176 S., 16,00 Euro, zu beziehen über den ABL-Verlag

Kurzes am Rande

### Risiko: Grüne Gentechnik

Rudolf Buntzel und Suman Sahai haben ein kleines, aber sehr umfassendes Buch zum Spannungsfeld Welternährung und „grüne Gentechnik“ geschrieben. Ein scheinbar ideales Autorenpaar für dieses weite Feld: Die Genetikerin Suman Sahai ist für die indische Nichtregierungsorganisation Gene Campaign tätig, Rudolf Buntzel, Volkswirt, arbeitet seit vielen Jahren zu internationalen Agrarfragen, derzeit als Beauftragter für Welternährungsfragen beim Evangelischen Entwicklungsdienst. Sehr gut gefällt mir persönlich zum Beispiel ihre Aufschlüsselung der Problematik, wie Länder des Südens sich der Regulierung der Risikotechnologie Gentechnik stellen können. In Form verschiedener Optionen zwischen Verweigerung und Förderung der Technologie legen sie dar, welche Fallstricke mit gentechnisch veränderten Organismen verbunden sind. Mögliche Entscheidungen werden vor dem Hintergrund knapper Ressourcen diskutiert. Dieses Prinzip wenden die Autoren auch an, wenn sie verschiedene Agrarsysteme oder Forschungsansätze vorstellen. Bei der Gewährleistung der Welternährung werde sich die Gentechnik bescheiden müssen, sagen die Autoren. Andere Ansätze seien aussichtsreicher, bräuchten einen geringeren finanziellen Aufwand oder ermöglichten die Berücksichtigung regionaler Rahmenbedingungen, denn viele Probleme seien nicht technischer, sondern sozialer Natur. *Christof Potthof*

Rudolf Buntzel, Suman Sahai: *Risiko: Grüne Gentechnik. Wem nützt die weltweite Verbreitung genmanipulierter Nahrung?* Brandes & Apsel Verlag GmbH, Frankfurt/M. 2005, 212 S., 17,90 Euro, zu beziehen über den ABL-Verlag

### Gesunde Milchkühe im Ökolandbau

In diesem komprimierten Leitfaden geben namhafte Autoren in kurzen Aufsätzen und bespickt mit vielen übersichtlichen Tabellen Hinweise darauf, was rund um die Milchkuh für deren möglichst gute Gesundheit zu beachten und zu tun ist. Behandelt werden folgende Bereiche in folgender Reihenfolge: Milchqualität (Leisen / Albers, LWKammer NRW), Eutergesundheit (Krömker, FH Hannover), Fruchtbarkeit (Tenhagen, FU Berlin), Kälbergesundheit (Georg, FAL), Gliedmaßen-gesundheit (Brinkmann / March, Uni Göttingen/Vechta, Winckler, Uni Wien), Tiergerechtigkeit der Haltungsverfahren (Hörning, FH Eberswalde), Fütterung (Drerup, LWK NRW), Herdenmanagement (Link), Ökonomie (Volling, Ökoring Nds.), ökologische Anforderungen (Schuhmacher, Bioland) und Qualitätssicherung (Weiß).

Dass das Heft nicht mit dem Tier beginnt, sondern mit den Zellzahlen der Milch, irritiert etwas. Auch wägt das Heft nicht für oder wieder dieser oder jener Werte ab. Es sollte aber gerade auch kein dickes Buch sein, sondern ein hilfreicher Leitfaden für die Praxis, um sich in Bezug auf die verschiedenen Bereiche selbst abzufragen – zum Wohl der Kühe (nicht nur der Bio-Kühe) und damit letztlich zum Wohl und Nutzen der Milchviehalter. *uj*

KTBL (Hrsg.): *Gesunde Milchkühe im ökologischen Landbau. Ein Leitfaden für die Praxis.* KTBL-Heft 55, 2006, 64 S.; DIN A5, 8,00 €, zu beziehen über den ABL-Verlag

### Energie-Check für Betriebe

Wer in seiner Gemeinde oder in seinem Landkreis mit einem Wettbewerb die landwirtschaftlichen Betriebe beim Energiesparen und der umweltverträglichen (!) Energie-Erzeugung unterstützen will, der hat mit einem neuen Heft aus dem bayerischen Chiemgau eine gute Grundlage bekommen. Für den dortigen Verein „Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach e.V.“ ist darin auf 18 Seiten ein Überblick über die weitreichende Themenpalette zusammengestellt worden. Laien im Bioenergie-Bereich ermöglicht das Heft auch außerhalb von Wettbewerben einen guten Einstieg ins Thema, ist dafür aber etwas teuer. *uj*

A. Beste, F. Monderkamp (2005): *Energie – sinnvoll eingespart – effizient genutzt – nachhaltig produziert. Ein Energiecheck für landwirtschaftliche Betriebe.* 18 S. plus 14 S. Anhang, 19,80 Euro. Zu beziehen über Büro für Bodenschutz, Osteinstr. 14, 55118 Mainz, a.best@t-online.de.

### Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe  2006  2005  2004  2003  2002  2001  2000  
19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 €

.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € **NEU!!!** \_\_\_\_\_ €

.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** \_\_\_\_\_ €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € \_\_\_\_\_ €

weitere Bücherwünsche:

---



---

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221



## **AbL** Eifel e.V. Rheinland-Pfalz und Saarland Jahreshauptversammlung

am Mittwoch, den 8. März 2006 ab 20 Uhr  
im „Hotel Plein“, Karenweg in Bitburg

Ein Jahr nach Gründung des Landesverbandes lädt der Vorstand alle Mitglieder und Interessierte zum Thema:

### **Gesunder Boden - Lebensmittelqualität - Lebensqualität in der Region**

mit einem Vortrag von **Frau Dr. Andrea Beste** vom Büro für Bodenschutz und ökologische Agrarkultur in Mainz mit anschließender Diskussion.

Zur Abstimmung kommt die Kooperation mit dem Landesverband der Nebenerwerbslandwirte. Weiter gibt's Rückblick auf 2005 und Ausblick auf 2006 mit Planung einer großen Herbstversammlung in Altenkirchen.

AbL Rheinland-Pfalz und Saarland, Petersstr. 11, 54634 Bitburg, Tel/Fax: 06561-6049300, eMail: abl.lv-rp@web.de

## **AbL** Baden-Württemberg Mitgliederversammlung

am Sonntag, den 26. März 2006 von 10.15 bis 16.00 Uhr  
im Hotel „Ochsen“ in Donaueschingen

- Berichte vom Vorstand, Geschäftsführung und Kassierer  
- **Cross Compliance – da kommt was Großes auf Sie zu** mit Jarno Sammet, Berater für artgerechte Tierhaltung – NEULAND Fleisch Süd  
- Mittagessen

### **WTO – Handel unter Völkern, zum Wohle aller**

mit: **Josef Bopp**, Landwirt u. ABL-Landesvorsitzender;  
**Michael Windfuhr**, Generalsekretär FIAN int. u. Vorsitzender German Watch; **Berit Thomsen**, Mitarbeiterin der AbL

**Tagungsadresse:** Hotel Ochsen, Käferstr. 18,  
78166 Donaueschingen; Tel: 0771-80990

**Anmeldung:** AbL-BaWü, Malvine-Schiesser-Weg 1,  
78315 Radolfzell, Tel.: 07732-821345, Fax.: -821355

## BUNDESTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### wissenschaftliche Mitarbeit

im Arbeitskreis II für den Bereich ländlicher Raum, Agrarpolitik, Tierschutz

#### Aufgaben:

- Unterstützung der Fraktion in Fragen der Entwicklung und Förderung ländlicher Räume, der Agrarpolitik sowie des Tierschutzes auf EU-, Bundes- und Landesebene
- Erarbeitung von parlamentarischen Initiativen und politischen Projekten
- Konzipierung von Veranstaltungen
- Weiterentwicklung politischer Ansätze
- Kontaktpflege mit Organisationen, Behörden und Institutionen

#### Wir erwarten:

- Abgeschlossenes Hochschulstudium (Agrar)
- sehr gute Kenntnisse der Politik für ländliche Räume, der Agrarpolitik sowie der Tierschutzpolitik auf nationaler und internationaler Ebene
- Koordinierungs-/Kommunikationsfähigkeiten
- Einschlägige Berufserfahrung
- Hohe Einsatzbereitschaft und Flexibilität
- Kommunikationssicherheit in engl. Sprache
- Sympathie und Aufgeschlossenheit für bündnisgrüne Politik

Es handelt sich um eine **Teilzeitstelle (19,25 Std./Woche)**. Sie ist befristet für die Dauer der 16. Wahlperiode. Bewerbungen von Frauen werden bei gleicher Qualifikation grundsätzlich bevorzugt. Bei gleicher Qualifikation werden Schwerbehinderte bevorzugt. Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den TVöD/TVÜ-Bund/BAT. Arbeitsort ist Berlin.

**Bewerbungsfrist: 12.03.2006**

Aussagekräftige Bewerbungsunterlagen bitte an:

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Fraktionsgeschäftsführung, Kennziffer 1213 e  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

### Aktionstag gentechnikfreie Landwirtschaft

03. März 2006, bundesweit  
Vielfältige Demonstrationen und Aktionen in Städten und auf dem Lande sollen ein deutliches politisches Signal an die Politik geben, das Vorsorgeprinzip ernst zu nehmen und das Recht zu achten, auch künftig gentechnikfrei produzieren und konsumieren zu können. Unterstützt werden die 85 Gentechnikfreien Regionen und die 23.000 Landwirte in Deutschland, die erklärt haben, dass auf ihrem Acker keine Gentechnik eingesetzt werden soll. Koordination Gentechnikfreie Regionen in Deutschland, c/o AbL, Annemarie Volting, ☎ 04131-407757, Fax: -407758, www.gentechnikfreie-regionen.de

### Mit Bioenergie zur Energie- autonomie

06. und 07. März 2006, Bonn  
8. EUROSOLAR-Konferenz „Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt“  
Programm im Internet unter [www.eurosolar.org/new/de/LaWi2006\\_prog.html](http://www.eurosolar.org/new/de/LaWi2006_prog.html)  
EUROSOLAR e.V., ☎ 0228-362373 u. -362375, Fax: -361279 u. -361213

### Misch- und Permakulturgarten

06. bis 08. März 2006, Lauda-Beckstein  
Ländl. Heimvolkshochschule Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de

### Die Gentechnikfalle

07. März 2006, Rinkerode  
Vortrag der Journalistin Ursel Fuchs zu den Themen: Enteignung der Nahrung, Aneignung des Menschen.  
um 20 Uhr im Pfarrzentrum St. Pankratius in Drensteinfurt-Rinkerode, Veranstalter: Bioland, BUND, Regionale Landwirtschaft Münsterland e.V., ☎ 02538-663

## Veranstaltungen

### Bioenergie

08. und 09. März 2006, Güstrow  
Welche Möglichkeiten der Gewinnung von Bioenergie bieten sich dem Landwirt in Mecklenburg-Vorpommern?  
DECHEMA e.V., Matthias Neumann, ☎ 069-7564-254, Fax: -176, www.dechema.de/bioenergie

### AbL Bayern: Mobil ohne Fossil

09. März 2006, Frankenhofen  
Marcus Reichenberg, Vorsitzender des Vereins „Mobil ohne Fossil“ aus Weilheim diskutiert Wege alternativer Mobilität wie Pflanzenöle, Alkohole oder solaren Wasserstoff.  
um 20 Uhr im Pfarrheim in Frankenhofen bei Kaufbeuren im Ostallgäu, Kontakt: Martin Weber, ☎ 08345-750

### Fortbildung Ökolandbau

09. und 10. März 2006, Bad Dübren  
Sächsische Interessengemeinschaft Ökologischer Landbau, ☎ u. Fax: 034243-21491 od. Fax: -26195

### Wenn die Klappe fällt

10. - 12. März 2006, Hohebuch  
Filmwerkstatt mit Filmemacher Sebastian Heinzl zu Land, Landwirtschaft und Leuten  
Ländl. Heimvolkshochschule Hohebuch, ☎ 07942-107-0, Fax: -20, www.hohebuch.de

### Omega 3 Weidemilch

14. März 2006, Freising  
Die Veranstaltung spannt einen Bogen von der ernährungsphysiologischen Bedeutung über die landwirtschaftliche Praxis bis zu Vermarktungskonzepten für Milch- und Rindfleischzeugnisse vom Grünland.  
Anmeldung: Daniel Weiß, ☎ 08161-4965870, Fax: -4965871, www.muva.de (Rubrik „Seminare“)

### Klimawandel und Biolandbau

16. März 2006, Freising  
Bioland Bayern, Renate Remmele, ☎ 0821-34680-0, Fax: -135, landbau@bioland.de

### Bio meets Slow Food

24. März 2006, Fulda  
Infos: Renate Dylla, Büro Lebensmittelkunde & Qualität, ☎ 09741-4834, Fax: -932201, Renate.Dylla@bl-q.de

### EU-Bioverordnung

27. März 2006, Brüssel  
Konferenz von IFOAM, der Internationalen Ökolandbau-Organisation, und Die Grünen im Europäischen Parlament, um über die Revision der EU-Ökolandbauverordnung und den Entwurf der EU-Kommission dazu zu beraten.  
14.30-18.30 Uhr im Europäischen Parlament in Brüssel. Anmeldung erforderlich! Infos: Büro Graefe zu Baringdorf, ☎ 0032-2-284 5154, fgraefe@europarl.eu.int

### Bundestagsabgeordnete Ulrike Höfken verbraucher- und agrarpolitische Sprecherin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sucht

### wiss. Mitarbeiter/in

zur Entwicklung und Umsetzung Grüner  
Agrar-, Verbraucher- und Europapolitik

Einstellungsvoraussetzungen:

Abgeschlossenes Hochschulstudium im Agrarbereich oder vergleichbarer Abschluss und mehrjährige Berufserfahrung; Erfahrung in politischer Arbeit bzw. Verbandsarbeit; Erfahrung in Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Kompetenz in der Organisation von Arbeits- und Entscheidungsprozessen; Hohe Belastbarkeit, Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit.

Bewerbungen bis zum 15.3.2006 bevorzugt per Email an:  
[ulrike.hoefken@bundestag.de](mailto:ulrike.hoefken@bundestag.de) oder:  
MdB Ulrike Höfken, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

## (Klein) Anzeigen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de), Anzeigenschluss für BS April 2006 ist am 24. März.

### Tiermarkt

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.  
Burkhard Schirmeister, Sipplingen,  
☎ 07551-63609









**Agrarsubventionen für wen ?**  
**Folgen des EU-Finanzbeschlusses – Anforderungen an die Politik**  
**29. März 2006, Magnus-Haus, Berlin**

17.00 Präsentation von Studie und Positionspapier, **Berit Thomsen**, AbL  
 17.10 EU-Agrarsubventionen auf dem Prüfstand, **Tobias Reichert**  
 17.30 Fragen und Diskussion, Moderation: **Sarah Kahnert**, Germanwatch  
 17.45 **Positionspapier deutscher Agrar-, Entwicklungs-, Verbraucher- und Umweltorganisationen** – Für einen entwicklungs- und umweltpolitisch verträglichen Umbau der EU-Agrarpolitik, der einer bäuerlichen Landwirtschaft eine Zukunft ermöglicht, **Tanja Dräger de Teran**, WWF und Koordinatorin der AG Landwirtschaft und Ernährung  
 18.00 **PODIUMSDISKUSSION**  
**Heidemarie Wieczorek-Zeul**, Bundesministerin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (angefragt)  
**David Hunter**, Direktor für EU-Angelegenheiten und Internationale Politik im Ministerium für Umwelt, Ernährung und Ländliche Entwicklung, Großbritannien (angefragt)  
**Prof. Dr. Folkhard Isermeyer**, Institutsleiter in der FAL und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des BMELV (angefragt)  
**Friedrich-Wilhelm Graefe zu Bahringdorf**, AbL-Bundesvorstandsvorsitzender  
**Michael Windfuhr**, Germanwatch Vorstandsmitglied  
 Moderation: **Hellmuth Henneberg** (RBB) (angefragt)  
 19.45 **Schlusswort**, **Marita Wiggerthale**, Welthandelsexpertin  
 20.00 Eröffnung des Buffets  
**Anmeldung: Sarah Kahnert, kahnert@germanwatch.org, T 030-2888356-3, Fax: -1**



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Wilster:** Bernd Voß, Tel.: 048 23/85 05, Fax: 048 23/75 330  
**Sörup:** Hinrich Lorenzen, Tel.: 046 35/21 41, Fax: 046 35/21 14  
**Plön:** Matthias Stührwoldt, Tel.: 043 26/67 9, Fax: 043 26/28 91 47  
**Flensburg:** Heiner Iversen, Tel.: 046 31/74 24, Fax: 046 31/38 52

### Niedersachsen

**Landesverband:** Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 058 65/98 83 60, Fax: 058 65/98 93 61  
**Heide-Weser:** Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 042 33/6 69, Fax: 042 33/21 77 74  
**Elbe-Weser:** Ada Fischer, Tel.: 047 23/32 01, Fax: 047 23/21 18  
**Wendland-Ostheide:** Horst Seide, Tel.: 058 65/12 47  
**Südnieders.:** Andreas Backfisch, Tel.: 055 08/99 99 89, Fax: 055 08/99 92 45

### Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 0384 53/20 40 0; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 038 41/79 1 27; Helmut Peters, Tel.: 038 45/42 02 15  
**Vorpommern:** Albert Wittneben, Tel.: 039 604/2 68 59  
**Brandenburg:** Cornelia Schmidt, Tel.: 038 79/1 25 18; Erich Degreif, Tel.: 03 32 04/3 56 48; Bernd Hüsgen, Tel.: 03 37 04/6 61 61

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 170, Fax: 023 81/49 22 21  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 052 41/5 70 69  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 054 04/52 64  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 052 21/6 25 75  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 022 48/47 61

### Hessen

**Mittelhessen:** Ernst-Günter Lang, Tel.: 064 41/7 55 02, Fax: 064 41/97 59 95  
**Nordhessen:** Bernhard Wicke, Tel.: 056 65/14 03, Onno Poppinga, Tel.: 056 73/35 40

### Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Peterstraße 11, 54634 Bitburg, Tel./Fax: 065 61/6 04 93 00  
**Vorsitzender:** Ewald Frisch, Tel.: 065 22/5 49, Fax: 065 22/93 36 36,  
 E-Mail: abl.lv-rlp@web.de

### Baden-Württemberg

**Landesverband:** Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, Tel.: 073 52/89 28, Fax: 073 52/94 14 22  
**Nordschwarzwald:** Georg Bohnet, Tel.: 074 43/39 90;  
**Nord-Württemberg:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 079 71/85 84  
**Bodensee:** Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29, Fax: 075 53/82 82 78  
**Allgäu:** Bärbel Endraß, Tel.: 075 28/78 40, Fax: 075 28/92 75 90

### Bayern

**Landesverband:** Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 086 79/64 74, Fax: 086 79/9 13 01 45, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.abl-bayern.org  
**Regionalgruppe Pfaffenwinkel:** Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 088 47/8 04,  
**Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach:** Hans Urbauer, Tel.: 086 28/63 4, Ute Gasteiger, Tel.: 080 39/16 35  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmidt, Tel.: 087 42/80 39  
**Franken:** Gabriel Deinhardt, Tel.: 091 94/84 80

### Sachsen/Thüringen

**Landesverband:** Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 03 73 23/5 01 29, Fax: 03 73 23/1 58 64



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 171, Fax: 023 81/49 22 21,  
 E-Mail: info@abl-ev.de

**Bankverbindung:** KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 041 31/40 77 57, Fax: 041 31/40 77 58

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 058 64/2 33; Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29

### Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 038 41/79 12 73; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 03 37 04/6 61 61, Fax: 03 37 04/6 61 62

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Mute Schimpf, AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 173, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ € zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon/Fax \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung  
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

## Frau Elsa: Fanatisch und Realitätsfern

Die Satire muss übertreiben und ist ihrem tiefsten Wesen nach ungerecht“, sagte Kurt Tucholsky 1919. Im März 1989 wandte sich Frau Grete J. aus Halden vertrauensvoll an Frau Elsa von der Unabhängigen Bauernstimme:

„Ich möchte von einem Problem berichten, an dem AbL und Bauernstimme nicht ganz unschuldig sind. Als mein Mann und ich vor sechs Jahren heirateten, war er noch ganz normal – jedenfalls ist mir nichts Besonderes an ihm aufgefallen. Später wurde er dann aktives AbL-Mitglied und seitdem hat er sich doch sehr verändert. Immer öfter hockt er im Haus herum, fragt, ob mir die Hausarbeit auch nicht zuviel ist und ob ich nicht lieber mal pflügen oder Gülle fahren will. Er nimmt mir tatsächlich auch viel von der Hausarbeit ab, neulich z. B. hat er alle Fenster geputzt. Mir ist das alles sehr unangenehm, denn selbstverständlich habe ich keine Lust, bei jeder Hitze und bei jedem Sauwetter draußen zu arbeiten. Das ist doch nichts für eine Frau! Gehört so etwas denn zum Programm der AbL? Muss ich die Hausarbeit mit meinem Mann teilen?“

Darauf antwortete ihr Frau Elsa:

„Liebe Frau J. sie können sich beruhigen: Selbstverständlich müssen Sie die Hausarbeit nicht mit Ihrem Mann teilen, niemand kann das von Ihnen verlangen. Ihr Mann ist mit seinen Bemühungen wohl etwas über das Ziel hinausgeschossen, er will sicher nur Ihr Bestes. Wenn Sie ihm erklären, wie Sie die Sache sehen, wird er Sie sicher verstehen. Die Teilung der Hausarbeit gehört zwar nicht zum Programm der AbL, aber doch zu den Forderungen einiger fanatischer, realitätsferner Frauen aus unserer Organisation. Man muss schon sagen realitätsfern, denn wie soll diese Teilung denn in der Praxis von sich gehen – ganz zu schweigen erst von der Arbeit mit den Kindern? Es ist doch klar, dass ein Mann in diesem Bereich nicht die gleiche Leistung bringen kann wie eine Frau. Und umgekehrt: Welche Frau kann schon auf dem Betrieb einen Mann ersetzen? Bleiben sie bei Ihren weiblichen Gefühlen und Aufgaben – und machen Sie auch Ihrem Mann klar, dass er Ihnen nichts

Gutes tut, wenn er Ihnen die Hausarbeit abnehmen will.“

Frau Elsa ließ den Redakteuren graue Haare wachsen. Dabei war sie doch angetreten, Lachfältchen in die Gesichter der Leserinnen und Leser zu zaubern. Aber wahrhaft Satire ist, wenn diese nicht als solche erkannt wird und statt hämischem Schmunzeln ernsthafte Entrüstung produziert.

Sie war als Papiertigerin geboren, und wie Dr. Sommer in der Bravo die geheimnisvollen Gedanken des Pupertanten erklärt, so sollte Frau Elsa anlässlich der 100. Ausgabe der Bauernstimme die Dr. Sommers des Blätterwaldes verulken und die unheimlichen Gedanken der AbL-Bewegten erklären. Lebendig wurde sie in den Reaktionen und Leserbriefen, die die Redaktion danach erreichten. Offenbar war da ein Nerv getroffen, bei denen, die sie als Satire verstanden, wie auch bei denen, die Frau Elsa ernst nahmen.

Ein Leserbriefschreiber in der 101. Ausgabe glaubte zunächst an einen Scherz, fand dann keinen entsprechenden Hinweis, nahm es nun für bare Münze und fragte bekümmert: „Ist die AbL-Zeitung jetzt auf das Niveau der üblichen Naive-Frauen-Beratung der bürgerlichen Presse abgesunken? (...) War es doch gerade die Frauenseite der Bauernstimme, die als einzige mir bundesweit bekannt, emanzipierte Frauenbilder im bäuerlichen Bereich thematisierte.“ Ein anderer Leserbriefschreiber war nicht nur enttäuscht, sondern richtig sauer: „Mit solchen Plathheiten hätte ich in der

Bauernstimme nicht gerechnet! Wird hier nicht dem „Heimchen am Herd das Wort geredet?“

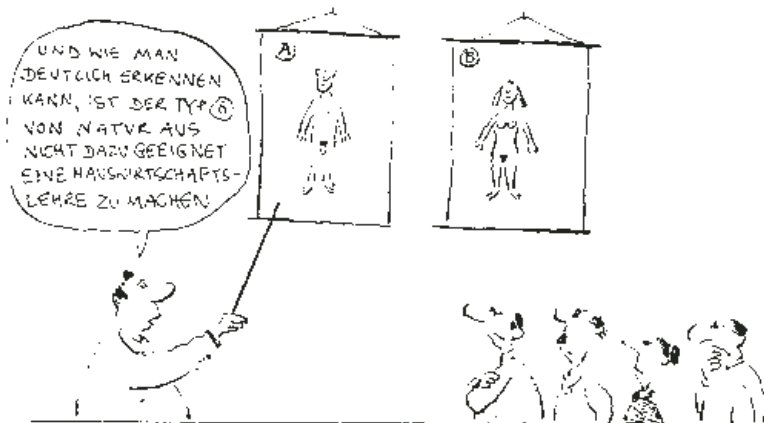
Aber es gab auch die, die mitspielten und ihrerseits ihre vermeintlichen Probleme bei Frau Elsa loszuwerden suchten: „Ich bin eine Bauerntochter von 19 Jahren, arbeite gern im Haushalt, gehe zur Landjugend und zu einer Trachtentanzgruppe und höre gern Volksmusik. Doch mein Vater stellt alles in Frage. Er kauft mir enge Jeans und weite Pullis, meint, ich solle mehr rumgammeln, in Discos gehen (...) Bitte helfen Sie mir, Frau Elsa, wie ich mich dem schlechten Einfluss meines Vaters entziehen kann, denn ich möchte gerne zu einer normalen Bauersfrau erzogen werden, die zu ihrem künftigen Mann hochschauen kann.“

Frau Elsa half nicht mehr, sie musste zurück in die Schublade, zu groß war offenbar das Minenfeld, auf dem sie sich bewegt hatte. Und es scheint, als sei es in den seitdem vergangenen 17 Jahren nicht kleiner geworden, betrachtet man dass, was nicht Frau Elsa, sondern Frau Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen heute zu hören bekommt, wenn sie mit ihrem neuen Elterngeld Männer „mit der Peitsche nach Hause treiben“ (so die Formulierung eines Journalisten in einem Fernsehinterview) und ganze zwei Monate an Heim und Herd fesseln will. Sie und ihre Ideen von moderner Familienpolitik sind plötzlich Thema, sei es auf dem traditionellen Grünkohlessen des CDU-Ortsverbandes oder im Wochenmagazin *stern*. Sie sieht Deutschland als rückständig an, was die Wertschätzung und gleichberechtigte Verteilung der Familienarbeit angeht.

Man kann also mit Fug und Recht behaupten, dass die AbL in der Debatte ihrer Zeit voraus war, sonst wäre Frau Elsa wohl damals nicht in die Bauernstimme gelangt. Heute sitzt sie sicher in ihrer Schublade und amüsiert sich vielleicht darüber, dass um sie herum die emotionalen Wogen hochschlagen über Heimchen am Herd und wickelnde Weicheier, schließlich hat sich sogar Grete J. irgendwann an ihren fensterputzenden AbLer gewöhnt.

CS

aus Much: Kraut & Rüben. Cartoons zur Landwirtschaft. ABL-Verlag 1996



## unabhängige Bauernstimme: Der Moderne voraus

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf  
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221**